

(A) (Minister Heinemann)

(Abgeordneter Arentz [CDU]: Aber es stimmt doch! Man kann doch einen Vorschlag machen!)

- Ich habe vorhin von unserem Präsidenten gelernt, daß man das bei Aktuellen Stunden lassen sollte.

Man kann das nur bundesweit regeln, weil die Krankenkassen in der Bundesrepublik sonst unterschiedliche Belastungen haben. Wenn die Regelungen hier teurer sind als in anderen Bundesländern, sind die Beitragsunterschiede so, wie wir sie heute, weil die Strukturreform noch nicht gekommen ist, feststellen können. Auch dies ist eine Forderung, die erfüllt werden muß.

Ich rede doch nicht dem Neid das Wort, Herr Arentz! Das ist eine bössartige Unterstellung, die Sie immer wieder bringen. Ich lege den Finger in die Wunde. Es ist doch unerträglich, wenn Einkünfte zwischen einer und mehreren Millionen DM in den Krankenhäusern teilweise mit den Geräten, die wir finanzieren, für einzelne Personen ermöglicht werden. Ich bin der Auffassung, da muß gerechter verteilt werden, damit wir diese Investitionen entweder nicht mehr nötig haben oder sie in andere Notwendigkeiten der Krankenhäuser hineinkommen.

(B) (Zustimmung bei der SPD)

Wovon Sie, Herr Arentz, vorhin gesprochen haben, war ein Schreiben der Referenten, nicht des Herrn Blüm, an mich. In diesem Schreiben auf Referentenebene wurden wir gefragt, wie wir uns das vorstellen. Herr Arentz, eine solche Methode können Sie doch nicht ernsthaft vertreten! Das wäre so, wie wenn ich, wenn ich zum Beispiel im Bereich der Alten- und Krankenpflege etwas machen wollte, alle Beteiligten anschreiben und bitten würde, mir mitzuteilen, wie sie es gerne hätten, und erst dann mit einem Referentenentwurf käme. Der richtige Weg ist doch, daß ich meine Vorstellungen sage und dann die Stellungnahmen der Beteiligten einhole. Wenn das für Herrn Blüm nicht gilt, ist das für mich ein weiterer Punkt, daß Sie ihn hier unberechtigt verteidigen. Dieser Mann hat nicht den Mut zu tun, was notwendig ist!

- Ich hätte noch manches gerne angesprochen, aber der Präsident erinnert mich, daß meine Redezeit ab-

(C)

gelaufen ist. - Ich habe nie bestritten, daß wir Schwachstellen haben. Natürlich! Wir wollen versuchen, sie zu beseitigen. Aber all diejenigen, die nur schwarzmalen, fordere ich auf, einmal mit mir zu Veranstaltungen wie Richtfesten zu gehen, wenn zum Beispiel ein Teil eines Krankenhauses neu errichtet worden ist. Es ist mir peinlich und oft schäme ich mich fast, wenn ich von den Bischöfen und Landeskirchenräten für die Aktivitäten der Regierung von Nordrhein-Westfalen im Krankenhausbereich gelobt werde.

Vizepräsident Schmidt: Herr Minister, - -

Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann: Dort sind Sie nicht, weil Sie das nicht hören wollen. Sie behalten sich vor, hier weiterhin schwarzzumalen. Dies aber entspricht nicht den Tatsachen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Heinemann! - Damit schließe ich die Aktuelle Stunde zum Thema Personal- und Pflegenotstand in den Kliniken in Nordrhein-Westfalen.

(D)

Ich rufe Punkt 3 auf:

**Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990 (Nachtragshaushaltsgesetz 1990)**

Gesetzesentwurf der Landesregierung  
Drucksache 11/164

Beschlußempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses  
Drucksache 11/327

zweite Lesung

**(A)** (Vizepräsident Schmidt)

Sie haben dazu folgende Anträge erhalten:

- Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/376  
betreffend Hilfe für Rechtspflege und Verwaltung der DDR
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/377  
betreffend Neuorganisation der Landesregierung
- Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/378  
betreffend Sonderschullehrer
- Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/381  
betreffend ökologische und soziale Sofortmaßnahmen
- Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/379  
betreffend Baumaßnahmen für die Landesvertretung in Bonn

Des weiteren gibt es Entschließungsanträge der Fraktion der F.D.P. - Drucksachen 11/391 und 11/392 -, die in Kürze verteilt werden.

**(B)**

Alle Anträge werden in die Beratung einbezogen. Die Abstimmung - auch über die Entschließungsanträge - erfolgt morgen nach der Verabschiebung des Gesetzes in dritter Lesung.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Schauerte von der Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön!

**Abgeordneter Schauerte (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beraten heute in zweiter Lesung den Nachtragshaushalt. Er ist möglicherweise nicht sehr spannend, aber wenn man genau hinguckt, gibt es eine Menge dazu zu sagen.

Nach dem, was wir im Haushalts- und Finanzausschuß beraten haben, wird das Gesamtvolumen durch die Nachbesserung wohl 193 Millionen DM sein.

**(C)**

Wir kommen damit bei den Ausgaben auf einen Wachstumsrahmen von 5,45 % auf 67,43 Milliarden DM insgesamt. Diese Steigerungsrate von 5,45 % muß uns schon etwas hellhörig machen; denn sie überschreitet natürlich bei weitem alle vom Finanzplanungsrat empfohlenen Steigerungsraten, und sie ist zum großen Teil selbstgemacht.

Der wirklich ärgerliche Teil dieses Nachtragshaushalts ist - das muß ich hier wiederholen, man kann es gar nicht oft genug wiederholen -, daß bei der Umressortierung der Ministerien und bei der Schaffung zweier neuer Ministerien 138 Stellen neu geschaffen werden sollen. Dies ist eine Situation und eine Bewilligung von Mehrstellen, die die Zustimmung der CDU nicht finden kann, die wir bekämpfen müssen und über die wir auch noch eine Menge miteinander zu reden haben.

Der Ministerpräsident geht mit dem schlechten Beispiel voran und bewilligt sich weitere 22 Stellen, das sind plus 6 %, die im Grunde nicht zu rechtfertigen sind. Im Grunde wird der Trend weiter verstärkt, daß dieser Ministerpräsident sich eine Staatskanzlei aufbaut - jetzt auch mit Herrn Clement an der Spitze -, die letztlich das eine oder andere Ministerium am Ende wirklich überflüssig macht.

**(D)**

Ich sage schon hier, wir müssen über die Frage einmal nachdenken: Je mehr Zentralitätsaufgaben die Staatskanzlei übernimmt, je mehr sie in die Entscheidungen der Ministerien hineinregiert, desto eher ist natürlich die Frage, wofür wir das eine oder andere Ministerium überhaupt noch brauchen.

Besonders besorgniserregend - und das nicht unter personellen, sondern unter Kompetenzgesichtspunkten - ist der zusätzliche, erneut feststellbare Kompetenzverlust des Wirtschaftsministeriums. Dieses Wirtschaftsministerium ist nun zum wiederholten Male der Steinbruch des Kabinetts gewesen, wo neue Zuständigkeiten geholt werden konnten und Leute, die etwas werden mußten, sich bedienen konnten. Es hat mittlerweile mehr als ein Drittel seines Volumens, das es 1980 hatte, und unendlich viele Kompetenzen verloren.

Die Frage ist also heute nicht mehr: Wer gewinnt den Wettbewerb zwischen Wirtschaft und Finanzen oder zwischen Wirtschaft und Staatskanzlei? Es steht heute fest, daß das Wirtschaftsministerium und natürlich

**(A)** (Schauerte [CDU])

auch der jetzige neue Wirtschaftsminister dieses Rennen lange verloren haben. Ihm sind die Kompetenzen in weitestem Umfang genommen worden bei den Staatsbanken, bei den Sparkassen, bei den Versicherungen; ihm sind die Kompetenzen im Verkehr genommen worden - ein ganz wichtiger Punkt! -, und ihm sind jetzt auch noch die Kompetenzen im Luftverkehr genommen worden.

Der Wirtschaftsminister muß sich eigentlich fragen, was er noch zu sagen hat. Und was ihm noch zu sagen geblieben ist, soll er dann natürlich über Agenturen abwickeln und über eine Investitionsbank und über Bündelung, d. h. außerhalb des Hauses. Im Prinzip ist dieser Wirtschaftsminister so geschwächt worden, daß wir uns Sorgen machen müssen, ob das für das große Land Nordrhein-Westfalen überhaupt noch verantwortlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Das nächste ist das Ministerium für Gleichstellung mit 36 neuen Stellen. Das ist eine Vermehrung des bisherigen Stellenbesatzes um 200 %, also mehr als eine Verdoppelung.

(Zuruf von der CDU: Unglaublich!)

**(B)** Ich meine, auch das ist gedankenlose Verschwendung von personellen Ressourcen. Dies hätte nicht sein dürfen.

(Abgeordnete Rauterkus [SPD]: Na, na, na!)

- Doch, es ist gedankenlose Verschwendung von personellen Ressourcen. Bei einem Mitarbeiterstab des Landes Nordrhein-Westfalen von 345 000 Männern und Frauen muß es doch möglich sein, ohne Stellenvermehrung ein solches Ministerium ordnungsgemäß zu besetzen.

(Beifall bei der CDU)

Weiterhin 68 neue Stellen = 39 % mehr im Bauministerium - ebenfalls durch nichts begründbar!

Wir meinen, daß diese Stellenvermehrung von 138 unverantwortlich ist, daß sie der finanziellen Situation des Landes nicht nur nicht gerecht wird, sondern sie weiter in unverantwortlicher Weise verschlechtert. Das Personal, das hier neu eingestellt wird, kostet

**(C)**

das Land 600 Millionen DM. Herr Finanzminister, ich möchte Sie bitten, sich diese Zahl einmal auf der Zunge zergehen zu lassen. Diese 138 Stellen kosten das Land 600 Millionen DM!

(Minister Schleußer: Sie rechnen sich reich und uns arm; das ist Ihre Methode! - Zuruf des Abgeordneten Trinius [SPD])

- Ach so! Sie folgen mir also bei dieser Berechnung, daß ich die 30 Jahre eingerechnet habe, die es wohl dauern wird, bis diese Damen und Herren pensionsreif werden, Herr Trinius, das billigen Sie mir zu? Sie meinen, das sei für die Betrachtung nicht zulässig?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Sie kennen den Beschluß des Haushalts- und Finanzausschusses, diese Stellen zu erwirtschaften!)

- Auf diesen Beschluß komme ich nachher noch! - Aber mich interessiert schon die Frage: Halten Sie eine solche Berechnung, daß ich sage, diese 138 Stellen kosten 600 Millionen DM, für zulässig oder für nicht zulässig?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Bei Ihnen lasse ich vieles zu!)

**(D)**

- Dafür bin ich sehr dankbar; denn ich fühle mich da in bester Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU)

Genau so rechnet der Ministerpräsident dieses Landes, der sagt: Der Betrag von 1,9 Milliarden DM, den das Land für die Finanzierung der DDR in den nächsten vier Jahren aufbringen sollte, würde insgesamt etwa 30 Milliarden DM kosten. Genau so rechnet er! Er rechnet das nämlich auch auf 30 Jahre, stellt es ins Verhältnis zum Jahresetat von 67 Milliarden DM und sagt damit: Das Land tut doch viel zuviel.

Ich wollte an diesem Punkt einmal deutlich machen, wohin es führt, wenn wir das Jährlichkeitsprinzip miteinander ständig verlassen. Dann haben wir nämlich nachher einen Zahlensalat, den draußen im Lande niemand mehr versteht.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Schauerte [CDU])

Deswegen nehme ich auch die Kosten von 600 Millionen DM zurück. Ich bitte nur den Ministerpräsidenten sehr massiv, nun endlich mit der Horrorzahl 30 Milliarden DM, die er wegen des Fonds "Deutsche Einheit" in die Welt setzt, ebenfalls aufzuhören. Wir sollten uns hier auf die gleichen Zeiträume beschränken.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU wird deswegen, weil wir diese Personalvermehrung für unverantwortlich halten und weil wir Gebiete im Lande kennen, in denen das Personal viel dringender und notwendiger und, wie wir meinen, unabweisbar verlangt wird, den Vorschlag unterbreiten, statt dieser 138 neuen Beamtenstellen in Düsseldorf zur Bedienung der neuen Ministerien 138 Sonderschullehrer zusätzlich einzustellen,

(Beifall bei der CDU)

um die Not an den Sonderschulen unseres Landes wenigstens ein wenig lindern zu können.

Dann werden erhebliche Personalaufstockungen für die DDR beschlossen und beraten - wenn ich das im Moment richtig zusammengezählt habe, insgesamt 387 Stellen über alle Ebenen. Eine Maßnahme, die notwendig ist und die uneingeschränkte Unterstützung der CDU findet! Wir haben das auch im Ausschuß sehr ordentlich miteinander beraten. Wir sagen sogar, daß das, was hier geschieht, wohl noch nicht reicht.

(B)

Ich sage jetzt ganz bewußt nicht, daß es nicht reicht, weil andere Länder mehr tun. Ich bin nicht sicher, ob irgendein Land mehr tut. Ich bin der Meinung, daß wir - Gott sei Dank - viel tun. Ich sage, es reicht nicht, weil ich glaube, daß der Bedarf an einigen Ecken noch größer sein wird und wir nachbessern müssen. Wir haben deswegen auch eine Klausel in § 7 des Haushaltsgesetzes eingeführt, mit der wir den Finanzminister ermächtigen, in schneller Weise, ohne das gesamte Parlament damit zu befassen, dann nachzubessern, wenn es erforderlich ist.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Eine wirklich einvernehmliche, auf Vorschlag des Finanzministers getroffene Regelung. Wir sagen nur an einem Punkt heute schon, daß da mehr nötig ist - das wissen wir schon jetzt -, nämlich bei der quali-

(C)

fizierten Beratung der Finanzämter. Wir wissen, daß es dann, wenn wir bei der Ausstattung der Finanzämter, die in der DDR bis auf weiteres auch die Sozialversicherungsbeiträge einzunehmen haben, nicht ganz schnell absolut leistungsfähige Einheiten schaffen, eine sehr teure Lösung für uns alle wird, denn die Mittel, die wir jetzt nicht erfassen, sind nicht wiederholbar. Deswegen liegt es auch - ich sage das hier einmal etwas schmunzelnd - in unserem ureigenen westdeutschen Interesse, die Finanzämter besonders schnell in Ordnung zu bringen, so daß sie ihre Funktionen erfüllen können.

Wir meinen, daß der Rahmen, der vorgesehen ist, zu gering ist, und stellen deswegen den weitergehenden Antrag, der bisher leider abgelehnt worden ist, zusätzlich zu den 115 Finanzbeamten, die wir jetzt haben, 25 weitere Stellen zu bewilligen.

Ein weiterer Block sind die Übergangsheime. Hier war die Landesregierung der Meinung, 60 Millionen DM seien ausreichend, zunächst mit weiteren Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen DM. Die SPD überlegte, ob man nicht mehr tun müsse. Wir haben das selbstverständlich aufgegriffen; denn ich hatte bereits mehrfach angekündigt, daß mir dieser Aufwand angesichts des bei den Gemeinden mittlerweile vorhandenen Bedarfs zu gering erscheint. Wir haben dann eine sehr schnelle Lösung gefunden, nämlich die, diese Mittel nennenswert, und zwar um zweimal 40 Millionen DM - 40 Millionen DM Barmittel und 40 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen -, aufzustocken.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das war ja wohl unser Antrag!)

- Das habe ich erläutert. Da haben Sie, glaube ich, gerade mit dem Nachbarn gesprochen. Wir haben sehr schnell - Sie trauten sich nicht recht - gesagt, wir machen es gemeinsam und ganz schnell, wir warten nicht mehr. Das war doch so, nicht? Ich glaube, da brauchen wir keine Federn suchen. Das ist unser gemeinsames Begehren. Es war eine Anregung von Ihnen, die wir sehr schnell aufgegriffen haben. Sonst wären wir heute vielleicht noch nicht so weit, wie wir jetzt sind. Es ist schön, wenn wir zusammen so etwas machen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Freuen Sie sich doch einmal!)

## (A) (Schauerte [CDU])

Unterschiedliche Auffassungen gibt es allerdings bei der Frage der Finanzierung. 90 Millionen DM dieser nunmehr insgesamt 180 Millionen DM sollen durch die Abrechnungsbefrachtung des GFG erfolgen. Dazu sagt die CDU nein, und das in aller Deutlichkeit. Wir meinen, die Gemeinden haben über diese Dinge hinaus gerade wegen dieses Problems Asyl, das die Landesregierung immer noch nicht beherzt und konsequent genug anpackt, so viele zusätzliche Kosten, daß es eigentlich unbillig ist, ihnen auch noch die Mittel, die sie dringend brauchen, um die Folgen unseres bzw. des sozialdemokratischen Untätigseins zu finanzieren, zu nehmen. Das ist ein nicht ordentlicher Deckungsvorschlag. Für diese Maßnahme der Geldbeschaffung finden Sie nicht die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Der Ansatz für die studentischen Hilfskräfte steigt um 8,8 Millionen DM. Auch das ist absolut nötig, es reicht jedoch nicht aus, ich sage es Ihnen. Wir legen in der zweiten Lesung noch einmal Wert darauf, daß diese 8,8 Millionen DM auch tatsächlich für die Bezahlung von studentischen Hilfskräften ausgegeben werden und wegen der allgemeinen sonstigen Verwendungsmöglichkeit damit nicht wieder, wie wir das in der Vergangenheit feststellen mußten, andere Löcher gestopft werden. Diese Mittel müssen wirklich zielgenau eingesetzt werden, damit die Personalsituation an den Hochschulen verbessert wird.

(B)

Das zweite Begehren ist: Wir halten den Deckungsvorschlag, wonach dieses Geld wiederum von den Hochschulen erbracht werden soll - sie sollen sich also die Riemen aus dem Leder schneiden, mit dem wir sie anschließend wieder bedecken wollen - für nicht ordnungsgemäß. Er wird den Hochschulen nicht gerecht. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben einen Entschließungsantrag eingebracht - er ist gerade aufgerufen worden -, der sich mit dem Thema Landesvertretung in Bonn beschäftigt. Ich habe im Ausschuß einmal kurz anklingen lassen, daß wir bereit sind, neu darüber nachzudenken. Der Redlichkeit halber muß ich hier aber einmal die Legende erzählen dürfen, wie das zustandekommt:

Es gab den Plan der Landesregierung, 42 Millionen DM für den Neubau der Landesvertretung in

(C)

Bonn auszugeben. So stand es im Haushalt. Das ist von uns allen bekämpft worden, weil wir seinerzeit gesagt haben, erstens ist es zuviel und zu großzügig gerechnet, und zweitens wollen wir abwarten, was nun mit Bonn und Berlin wird. Daraufhin ist die Kurve gezogen worden; das Kabinett hat gesagt, wir geben die Mittel nicht frei, wir wollen uns erst noch einmal neu damit beschäftigen. Aber im Haushalt steht es, und gesperrt ist es auch nicht. Wir meinen, daß wir diese Diskussion nun neu aufgreifen müssen; denn wir haben ja eine einvernehmliche Entschliebung im Landtag gehabt, in der wir gesagt haben, die Landesregierung wird aufgefordert, alles zu tun, um Bonn zu sichern; ich will das einmal so untechnisch sagen. Zu dieser Bonn-Sicherung gehört sicherlich auch ein klares Bekenntnis zum Standort Bonn da, wo das Land selbst Haushaltsansätze zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung des Abgeordneten Wickel [F.D.P.])

Denn wir können nicht erwarten, daß andere vorgehen - der Ministerpräsident verbürgt sich dafür, daß der Plenarsaal weitergebaut wird und daß, wenn er nicht gebraucht wird, das Land dafür geradesteht -, wir können nicht erwarten, daß andere Länder, deren Zustimmung wir für die Sicherung Bonns brauchen, den Patenländern bei der Unterbringung der fünf neuen Landesvertretungen in Bonn großzügig unter die Arme greifen, wo wir selbst nicht einmal in der Lage sind, unsere eigene Landesvertretung ordnungsgemäß herzustellen, geschweige denn, sie anderen als Gefechts- und Arbeitspunkt anzubieten.

(D)

Deswegen meinen wir, es ist an der Zeit, daß das Land jetzt grünes Licht gibt, allerdings mit einer Einschränkung - und ich denke, daran sollte die Haushälter aller Fraktionen interessiert sein -: Das, was damals zuviel war, bleibt auch heute zuviel. Ich möchte nur, daß mit den notwendigen Maßnahmen begonnen werden kann, um wirklich ein Signal zu setzen: Dieses Land sagt eindeutig ja dazu und ist auch der Überzeugung, daß die bisher erreichten Mehrheiten zur Sicherung von Bonn als Regierungssitz und als Sitz des Bundesrates auch in Zukunft stabil bleiben. Wir wollen das auch durch einen sehr deutlichen, ich sage einmal, durch einen in Beton gegossenen haushaltswirksamen Beschluß deutlich

## (A) (Schauerte [CDU])

machen. Ich darf herzlich bitten, daß wir das einvernehmlich machen.

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Um so schöner! Dann kommen wir an dem Punkt schnell weiter. Ich meine, es war nötig, daß wir das hier in die Nachtragshaushaltsberatungen eingebracht haben.

Ich komme zum Schluß, muß allerdings noch auf einige grundsätzliche Dinge eingehen, Herr Finanzminister, die uns wirklich nicht zufriedenstellen können.

Erstens: Sie haben entgegen sonstiger Übung bei diesem Nachtragshaushalt wieder einmal Ihre Steuereinnahmeschätzung nicht vorgelegt. Andere Finanzminister und insbesondere der Bundesfinanzminister tun das. Sie unterrichten ihre Parlamente über die wirkliche Einnahmesituation des Haushalts, wie sie sich gegenwärtig darstellt. Diese Landesregierung weigert sich permanent, die Steuerschätzung vom Mai zur Kenntnis zu nehmen und in den Nachtragshaushalt einfließen zu lassen. Wir waren sehr neugierig, von Ihnen zu hören, welche Auswirkungen - wir wissen ja, daß es positive sind - diese für das Land Nordrhein-Westfalen hat.

## (B)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Lesen Sie das Ifo-Institut!)

- Das Ifo-Institut ist positiv gestimmt. Es hat erstens festgestellt - wie Sie wissen, Herr Trinius -, daß bei der Steuersenkung nicht 24,1 Milliarden DM an Entlastung für die Arbeitnehmer herausgekommen sind, sondern 27,1 Milliarden DM. Ich finde, das ist eine frohe Botschaft für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Denn daraus folgt, daß im Durchschnitt jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer in einem Jahr 1 350 DM Steuern weniger zahlt, als er oder sie hätte zahlen müssen, wenn das passiert wäre, was Sie, Herr Trinius, gewollt haben, nämlich die dritte Stufe der Steuerreform wieder rückgängig zu machen. Ich meine, das ist eine gute Sache.

## (C)

Das zweite, was das Ifo-Institut behauptet hat, ist sehr ordentlich. Es hat nämlich behauptet, daß die Steuerquote nun erstmals auf den Satz von 22,2 % gesenkt werden konnte. Das ist die niedrigste Steuerquote in den letzten 20 Jahren, wenn mich nicht alles täuscht. Das ist ebenfalls ein für alle Bürger gutes Ergebnis.

Weiter hat das Ifo-Institut gesagt, daß im Haushaltsjahr 1990 nicht mit Steuermindereinnahmen zu rechnen ist, wie Sie, Herr Finanzminister, sie immer noch in Ihren Haushaltsansätzen haben, sondern mit Steuermehreinnahmen von 2 Milliarden DM. Das heißt für das Land Nordrhein-Westfalen, daß auch wir im Jahre 1990 mit Steuermehreinnahmen zu rechnen haben. Ich bin dankbar für Ihren Zwischenruf, Herr Trinius; denn das Ifo-Institut hat uns in unserer Steuerschätzung bestärkt und uns vor allen Dingen berechtigt zu sagen: Finanzminister, leg nun auch einmal vor, was das für Auswirkungen auf die Wirklichkeit des Haushalts 1990, dessen Nachtrag wir heute beraten, haben wird!

Aber es geht nicht nur um die Steuerschätzung, sondern wir haben jetzt erstmals die Situation - und das müßte Sie genauso ärgern wie uns, Herr Trinius -, daß wir seit über zwei Monaten keine Monatsergebnisse der Steuereinnahmen vorgelegt bekommen haben. Wir bekamen diese sonst monatlich. Die letzte, die uns vorliegt, ist die vom Juni. Es fehlen die Steuereinnahmen, die ja computermäßig erfaßt werden und die der Finanzminister schon lange gesehen hat, vom Juli und August. Diese werden uns vorenthalten. Wir sind nicht mehr bereit, uns von diesem Finanzminister wie die dummen Jungen und Mädchen behandeln zu lassen.

## (D)

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, wir erwarten einfach, daß die Zahlen vorgelegt werden. Wenn das allen Ihren Vorgängern gelungen ist, müßte Ihnen das doch auch gelingen. Die Datenerkenntnis im Finanzministerium nimmt doch nicht ab. Ich hoffe doch, daß sie zunimmt. Dann geben Sie uns aber bitte nicht weniger, sondern mindestens genauso viel wie früher! Ich halte das wirklich für eine Mißachtung der Mitwirkungsmöglichkeiten des Parlaments und insbesondere des Haushalts- und Finanzausschusses, und ich erwarte eine Erklärung, warum Sie mit den Daten nicht überkommen.

(A) (Schauerte [CDU])

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen: die Frage nach der Notwendigkeit von Steuererhöhungen, die ja landauf, landab diskutiert werden. Ich erinnere mich gut, Herr Finanzminister, an die Diskussion mit Ihnen in der letzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses. Ich habe nicht auf die Uhr gesehen, aber es werden fast zwanzig Minuten gewesen sein, in denen ich Sie, Herr Finanzminister, immer wieder gefragt habe - nachdem Herr Rau etwas zur Steuererhöhung gesagt hat und nachdem Ihre einzelnen Kabinettskollegen etwas zu Steuererhöhungen gesagt haben -: Halten Sie aufgrund ihrer jetzigen Kenntnisse eine Steuererhöhung für erforderlich oder für nicht erforderlich? Sie haben sich als zuständiger Finanzminister geweigert, mir darauf eine Antwort zu geben.

(Zuruf von der CDU: Er weiß es wirklich nicht!)

Wir haben die Frage fünfmal, sechsmal, siebenmal in allen denkbaren Variationen gestellt. Eine Antwort haben wir nicht bekommen. Ich frage Sie hier noch einmal öffentlich: Sind die Landesregierung und der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen nach den ihnen jetzt vorliegenden Erkenntnissen der Meinung, daß wir im Jahre 1991 Steuererhöhungen zur Finanzierung der Wiedervereinigung brauchen - das ist ja das Hauptproblem -, oder brauchen wir diese Steuererhöhungen nicht? Sie können nicht draußen erklären, sie seien erforderlich, und andere auffordern, nun endlich etwas zu diesem Thema zu sagen, wenn Sie selbst sich weigern, zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine Erklärung der Landesregierung abzugeben.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte von Ihnen wissen, ob Sie die Einschätzung von Lafontaine teilen, daß Steuererhöhungen nötig sind.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Späth!)

- Ich habe ihn ja nicht gefragt, wie Herr Heinemann darüber denkt, sondern ich habe ihn als zuständigen Finanzminister gefragt, was er und sein Ministerpräsident darüber denken.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Waigel!)

(C)

- Waigel sagt klipp und klar: Steuererhöhungen sind nicht nötig!

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Das sagt Herr Waigel klipp und klar!

(Weitere Zurufe von der SPD)

- Bringen Sie mir ein autorisiertes Zitat, daß Herr Waigel in seiner Verantwortung als Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland erklärt hat: Steuererhöhungen sind erforderlich!

Herr Finanzminister, ich will von Ihnen wissen, was Sie an diesem Punkt denken. Oder sagen Sie einfach nur taktisch: Ich will gar nicht, ich warte einmal ab, laßt doch die anderen? Sonst sind Sie in solchen Fragen immer weit vor der Meute. In diesem Punkt gehen Sie völlig auf Tauchstation. Ich möchte gern von Ihnen wissen, wie Sie über Steuererhöhungen denken. Hält die Landesregierung Nordrhein-Westfalen Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit und zur Absicherung ihrer Haushaltszukunft für erforderlich?

Ich sage Ihnen noch einmal: Wir halten sie nicht für erforderlich.

(D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Bis zum 31. Dezember!)

- Wissen Sie: Die Rentenlüge haben Sie gemacht; aber etwas anderes ist bisher nicht passiert. Seien Sie an einer solchen Ecke sehr vorsichtig!

Wir bleiben dabei: 1990 werden wir gegenüber Ihrem Haushaltsansatz Mehreinnahmen von über 1 Milliarde DM haben, 1991 werden wir darüber hinaus Mehreinnahmen von weiteren 3,9 Milliarden DM haben. Die Gesamtbelastung des Landesetats mit den Kosten der deutschen Einheit ist heute - und ich wiederhole das, was ich in der ersten Lesung gesagt habe - deutlich geringer als die Vorteile, die der Landeshaushalt aus dem Prozeß der Wiedervereinigung zieht.

Ich will deswegen das, was Sie mir damals nicht geglaubt haben, noch einmal wiederholen. Ich hoffe, Sie haben mittlerweile nachgedacht. Wir nehmen

(A) (Schauerte [CDU])

wegen der durch die DDR in diesem Jahr bedingten stärkeren Binnenkonjunktur, wegen des Tatbestands, daß wir ja vom Joghurt bis zum Stahl alles in die DDR liefern, jährlich - in diesem Jahr mehr als 500 Millionen DM - Steuern mehr ein. Wir geben insgesamt etwa 62 Millionen DM, was sich durch den Nachtragshaushalt noch erhöhen wird, sagen wir also 70 Millionen DM, für die DDR aus. Das heißt, im Jahre 1990 verdient das Land uneingeschränkt an der Wiedervereinigung.

1991 bis 1994 gibt das Land 1,9 Milliarden DM in den Topf der deutschen Einheit, und es nimmt konjunkturpolitisch bedingt, das heißt DDR-bedingt, im gleichen Zeitraum mehr als 3 Milliarden DM Steuern mehr ein. Wir zahlen also nicht zu, sondern verdienen immer noch. Vor diesem Hintergrund bin ich besonders gespannt auf die Beantwortung der Frage, ob nach Ihrer Meinung Steuererhöhungen nötig sind oder nicht. - Ich bedanke mich für Ihre Geduld.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Für die Fraktion der F.D.P. erteile ich Herrn Abgeordneten Wickel das Wort.

(B)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch zuerst einmal auf die Ankündigung des Kollegen Schauerte "Ja zur Landesvertretung Bonn" eingehen. Das kann nur uneingeschränkte Zustimmung finden, denn ich bin der Auffassung, wir müssen im Sinne der Entschließung dieses Landtags in Bonn Fakten schaffen, und zwar Fakten, die es unmöglich machen, aus emotionalen Regungen eines Nationalstaates im Hinterkopf im Bonner Raum derartig viel zu verändern.

In diesem Zusammenhang darf natürlich nie vergessen werden, daß die Stadt Berlin heute, im Jahre 1990, 20 Milliarden DM offene Bundessubventionen und 10 Milliarden DM mittelbare Subventionen bekommt. Das heißt, 30 Milliarden DM fließen allein im Jahre 1990 in diesen Moloch einer Mehr-Millionen-Stadt. Jeder weiß, wie unregierbar solche Millionenstädte werden.

Ein Problem kommt mir aber in der Diskussion um den sparsamen Neubau und Erweiterungsbau der

(C)

Landesvertretung Nordrhein-Westfalen zu kurz: daß in der Bonner Region mehr als eine Viertelmillion Menschen von einer Entscheidung pro Berlin als Parlaments- und Regierungssitz betroffen wäre. Wir sind in der Politik hier doch nicht angetreten, um aufgrund emotionaler nationalstaatlicher Regungen Politik zu machen, sondern um für Menschen Politik zu machen. Jeder mag sich in seiner Phantasie persönlich ausrechnen, was es heißt, wenn man eine Viertelmillionen Menschen aus einem gewachsenen Raum, aus ihrer Heimat durch einen politischen Beschluß umsiedeln will, wie es in einigen Köpfen bezweckt wird.

Meine Damen und Herren, dann wird für Nordrhein-Westfalen der Bonner Raum schlimmer als das Gebiet, das wir als Ruhrgebiet bezeichnen. Dann werden die Verwerfungen so groß, daß es von diesem Landtag aus eben nicht mehr heilbar ist. Deshalb sollte jeder, der in Bonn Fakten schafft, dafür sorgen, daß es zur Trennung der Aufgaben von der Hauptstadt Berlins und dem Parlaments- und Regierungssitz Bonn kommt.

(Zustimmung bei Abgeordneten von CDU und F.D.P.)

Nun zum eigentlichen Nachtrag: In unserer schnelllebigen Zeit wird viel zu schnell vergessen, wie hier in den letzten Jahren von Landesregierung und SPD-Mehrheitsfraktion über Steuermindereinnahmen geklagt, man müßte fast sagen gewimmert wurde.

(D)

In seiner Presseerklärung vom 11. September dieses Jahres erklärt der Finanzminister, daß in den Jahren 1988 und 1989 das Steueraufkommen höher gewesen wäre, als es im Haushaltsplan veranschlagt war. Dies, meine Damen und Herren, wird auch 1990 so sein.

(Zustimmung des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Also wurde in den vergangenen Jahren eine unnötige und nur politisch motivierte Panikmache bis hinein in die Gemeinden betrieben. Nichts, aber auch gar nichts hat gestimmt - einschließlich der Computerlisten des Innenministers über die Einnahmeverluste der Gemeinden.

Nun sieht der Nachtrag zum 90er Haushalt besser aus

(A) (Wickel [F.D.P.]

als er ist. Er wird politisch besser, weil die DDR-Hilfen, mehr Mittel für den Wohnungsbau, bessere Bezahlung der studentischen Hilfskräfte und zusätzliche Mittel für den Bau von Übergangsheimen auch die Zustimmung der F.D.P.-Fraktion finden.

Der Pferdefuß, meine Damen und Herren, liegt in der Neuorganisation der Landesregierung. Diese Personalausweitung ist schon vom Verfahren her nach unserer Auffassung eine atemberaubende Unverfrorenheit, weil hierbei wirklich sämtliche Grundsätze verletzt worden sind, die die Landesregierung hier in diesem Hause in den vergangenen Jahren beschworen hat - Grundsätze, auf die auch dieser Landtag gedrängt hat. Ich erinnere nur an die parlamentarische Beratung des Antrags "Effizienzsteigerung der Landesverwaltung", der einvernehmlich zur Bildung der Bürger-Kommission führte, die als Kommission des Hauptausschusses die Vorschläge erarbeitet hat, die wiederum in diesem Hause einvernehmlich gebilligt wurden.

Von Erfüllung der Aufgaben aus dem Stellenbestand, von kritischer Aufgabenüberprüfung ist kein Wort mehr die Rede.

(B) Statt dessen werden von der Landesregierung 138 Stellen im Handstreichverfahren neu geschaffen. Dieses Verfahren mißbilligen wir. Um die Mißbilligung des Parlamentes an diesem Verfahren zu dokumentieren, hat Ihnen meine Fraktion zwei Entschließungsanträge vorgelegt. Natürlich geht es uns hierbei um die Mehrkosten. Sie sind in diesem Jahr mit ca. 3 Millionen DM noch relativ gering, werden aber in den nächsten Jahren rasant ansteigen. Denn diese neue Stellen bedeuten dauernde Mehrkosten - Jahr für Jahr.

Wenn man sich anschaut, was das für Stellen sind, nämlich überwiegend Spitzenpositionen in der jeweiligen Beamtenlaufbahn bzw. des Angestelltenarbeitsvertrages, muß man die Kosten dieser leichtfertigen Entscheidung mit jährlich 10 Millionen DM veranschlagen. Diese Zahl dürfte realistisch sein.

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der in diesem Zusammenhang deutlich macht, wie sich die Landesregierung über dieses Parlament hinwegsetzt. Wir könnten sogar sagen: Wir sind hier der bunt geschmückte Ochse, der an einem Nasenring durch den Plenarsaal geführt wird.

(C)

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr ist im Finanzministerium eine Arbeitsgruppe "Aufgabenkritik" eingerichtet worden. Auch dies war ein mittelbarer Ausfluß der Beratungen der "Bürger-Kommission". Dieser Arbeitsstab wurde vom Landtag mit Personal- und Sachmitteln ausgerüstet, und er sollte ressortbezogene und ressortübergreifende Organisationsuntersuchungen durchführen. Also konkret: Er sollte prüfen, ob wirklich alle Aufgaben, die heute noch in den Ministerien erfüllt werden, notwendigerweise dort weiter erfüllt werden müssen oder ob es möglich ist, das jeweilige Aufgabengebiet in den nachgeordneten Bereich zu verlagern. Es sollte löblicherweise untersucht werden, wie die entsprechenden Erfahrungen von Prüfungsunternehmen im privaten Bereich hierbei für die Verwaltung nutzbar gemacht werden können.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Das geschieht auch!)

- Verehrter Herr Kollege Trinius, nun kommt es zur bisher größten Umorganisation in der Landesregierung. Es wird umressortiert, es werden Kabinettsausschüsse eingerichtet. Nur der Arbeitskreis "Aufgabenkritik" ist nicht mehr zu hören, steht im Abseits. Der Landtag hat zumindest aus diesem Bereich nichts gehört. Die Neuorganisation der Landesregierung ist also demnach ein rein politischer Akt. Für sachliche Gesichtspunkte, etwa für die Aufgabenkritik, für Sparsamkeit, für mehr Effizienz, ist kein Raum, sondern nur - wie ich es formulieren möchte - für hemmungslose Selbstbedienung.

(D)

Die Neuorganisation der Landesregierung hat natürlich einen Pate. Und dieser Pate heißt "Mister Parkinson". Das wird deutlich, wenn man sich den Organisationsplan des neu geschaffenen Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann anschaut. Eine politische Zielvorstellung, umgeformt in eine Organisation, und schon beginnt Herr Parkinson zu marschieren. Es ist zum Beispiel eine ganze Gruppe notwendig, um sich mit der eigenen Planung und Verwaltung zu beschäftigen. Bei genauerem Hinsehen ist der größte Teil dieser Aufgaben meines Erachtens von Mittel- und Oberbehörden zu leisten. Es sind keine ministeriellen Aufgaben, sondern Aufgaben des nachgeordneten Bereiches. Ich wette, daß in zwei, drei Jahren aus einer Gruppe längst eine eigenständige Abteilung geworden ist, die dann natürlich wieder

(A) (Wickel [F.D.P.]

einen entsprechenden Oberbau braucht, also Staatssekretär usw.

Es gibt noch weitere Ansätze für Herrn Parkinson: die Kabinettsausschüsse. Die Staatskanzlei hat auf meine Nachfrage hin bereits im Haushalts- und Finanzausschuß verschämt einräumen müssen, daß diese zusätzlichen Kabinettsausschüsse auf Dauer nicht mit dem vorhandenen Personal betreut werden können. Also auch hier mehr Bürokratie, noch mehr Personal - eine Schraube ohne Ende.

Denken Sie jetzt einmal bitte zusammen mit mir an etwas anderes. Die einzige, wenn Sie so wollen, landesübergreifende Behörde, die in den letzten Jahren keine Stellenvermehrung erlebt hat, ist ausgerechnet die, die das ordnungsgemäße Handeln der Landesregierung überprüfen soll, ist der Landesrechnungshof. Man kann natürlich fragen, warum er keine Stellenvermehrung bekommen hat. Ich sage einmal leise: damit er nicht prüfen kann. Aber hier zeigt sich: Wenn etwas wie die Neu- und Umorganisation der Landesregierung geschieht, muß der Landesrechnungshof in den Stand gesetzt werden, die Effizienz hinterher zu überprüfen, zu prüfen, ob nicht die politischen Akte weit über das sachliche und fachliche Ziel hinausgeschossen sind.

(B) (Zustimmung bei der F.D.P.)

Die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuß haben aber auch gezeigt, daß bei einem Teil dieser Stellenvermehrung weder SPD-Mehrheitsfraktion noch Finanzminister einen formulierten Antrag zur Abstimmung stellen konnten, der den Stellenmehrbedarf aus dem Stellenhaushalt deckungsfähig gemacht hätte. Daraus kann man nur schließen: Die Absicht ist erkennbar, es werden Spitzenpositionen - die Betonung liegt auf "Spitzen"positionen - für Beamte und Angestellte geschaffen, die - ich sage es mit meinen Worten - für Parteigänger neue Möglichkeiten eröffnen.

Und wie wird das alles bezahlt? - Im vergangenen Jahr wurde 1 Milliarde DM mehr Kredit aufgenommen als zur tatsächlichen Finanzierung der Aufgaben nötig war. Dieses Geld wurde in die Rücklage gesteckt, und mit der wird jetzt finanziert. Von Einsparungen also keine Rede, bei den Ausgaben keine Sparsamkeit.

(C)

Die neuen Stellen beruhen auf dem Organisationserlaß des Ministerpräsidenten, um die zusätzlich erforderlichen Zentralabteilungen für zwei zusätzliche Ministerien und den zusätzlichen Bedarf der Staatskanzlei zu decken.

Bei der Staatskanzlei wurde allein schon im Haushaltsplan 1990 das Stellensoll um acht Stellen erhöht. Und wie bereits vorab erwähnt, ist auch jetzt wieder kein Ende der Stellenvermehrung im Bereich der Staatskanzlei in Sicht.

Alles das, was Sie bisher zu dieser Neuorganisation ausgeführt haben, deutet darauf hin, daß es in den nächsten Jahren zwangsläufig eine Fülle neuer Aufgaben nach sich ziehen wird. Das dicke Ende ist jetzt schon erkennbar, das dicke Ende kommt also noch.

Die F.D.P.-Fraktion bleibt bei ihrer sparsamen Linie. Sie wird diesem Handstreich zur Stellenvermehrung nicht zustimmen. Sie wird dem Nachtragshaushalt wegen seiner Konsequenzen für die Zukunft, der Auswirkungen auf kommende Haushalte, bis auf die eben genannten Einzelheiten nicht ihre Zustimmung geben.

Abschließend, meine Damen und Herren: Ich persönlich halte es mit den Chinesen. Ein altes chinesisches Sprichwort lautet:

(D)

Gibst du einem Mann einen Fisch, so nährt er sich einmal. Lehrst du ihn aber das Fischen, so nährt er sich sein Leben lang.

Es wird höchste Zeit, daß wir der Landesregierung und der SPD-Mehrheitsfraktion das Fischen beibringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Busch das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir GRÜNEN können dem Nachtragshaushalt in einem wesentlichen Punkt zustimmen. Die DDR-Hilfe ist zwar sicher noch unterdimensioniert. Sie ist aber

(A) (Dr. Busch [GRÜNE])

dennoch ein Schritt in die richtige Richtung. Der Finanzminister hat selbst deutlich gemacht, daß weitere Anforderungen unabweisbar sind. Dem Haushaltsausschuß soll via Haushaltsgesetz eine Generalvollmacht zur Bewilligung weiterer Stellen erteilt werden. Wir können dem ausdrücklich zustimmen.

Wir GRÜNEN haben eine weitere Finanzierung von DDR-Partnerschaften gefordert, ohne daß dies Rückhalt bei den anderen Fraktionen gefunden hätte. Das ist bedauerlich, weil nämlich gerade die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene eine wichtige Ergänzung gewesen wäre. Ich finde das ausgesprochen schade.

Auch die Aufstockung des Wohnungsbauprogramms findet unsere Zustimmung. Unseren entsprechenden Antrag haben Sie im Zuge der Beratungen wenn auch nicht der Höhe, so doch der Richtung nach übernommen. Wir können daher in unserem erweiternden Antrag um eben diese 40 Millionen DM heruntergehen und hier andere Aufgaben ins Auge fassen.

Alle anderen zentralen Punkte dieses Nachtragshaushaltes stoßen auf unsere Ablehnung.

(B) Wir lehnen die unnötige Aufblähung des Regierungsapparates ab, und wir möchten uns in diesem Zusammenhang gegen jede Augenwischerei verwahren. Die SPD-Fraktion will nun den Finanzminister verpflichten, die Stellen, die er gerade als unabweisbar eingestellt hat, für den nächsten Haushalt wieder zu streichen. Ich denke, da soll der Bock zum Gärtner gemacht werden, und das tragen wir nicht mit. Wir sehen hierin einen hilflosen Versuch, der öffentlichen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die Schaffung des Frauenministeriums - eine alte Forderung von uns GRÜNEN - ist plausibel und überfällig. Aber warum mußte das Zöpel-Ministerium geteilt werden? Zwischen Stadtentwicklung und Verkehr auf der einen Seite, Bauen und Wohnen auf der anderen Seite bestehen doch offensichtlich sehr enge sachliche Zusammenhänge, die nun zerrissen sind. Außerdem führt die Auslagerung des neuen Ministeriums nach Mörsenbroich zu weiteren Kosten und Reibungsverlusten.

Offenbar dient die Teilung des Ministeriums mehr dem politischen Proporz als der Effektivierung der Arbeit. Ich denke, es bedarf da keiner weiteren Worte, um unsere Ablehnung deutlich zu machen, zumal

(C)

dieses Ministerium in vier Jahren auch noch rückverlagert werden soll, wie ich heute der Presse entnehmen konnte. - Also ein absurder Vorgang!

Ein paar kurze Worte zur Frage der Hilfskräfte. Ich stelle fest:

Erstens. In ganz erheblichem Umfange, rund 40 %, werden die Mittel für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte an den Universitäten sachfremd ausgegeben, das heißt zur Deckung anderer Löcher, von Portokosten bis zur Abdeckung von Berufungszusagen. Ich halte das persönlich für einen Skandal, der allerdings insbesondere den Hochschulen und nicht dem Finanzminister zu verdanken ist. Das erkenne ich von vornherein an.

Zweitens. Ich verstehe nicht, wieso diese Tariferhöhung nicht vorhergesehen werden konnte, wo doch klar war, daß die letzte Tariferhöhung 1986 stattgefunden hat. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Drittens. Die Löcher, die durch diese Tariferhöhung entstanden sind, sollen durch Einsparungen eben im Personalbereich gedeckt werden. Nun kann ich mir schlecht vorstellen, daß es Sinn macht, ein Loch zu schließen, indem man andere aufreißt.

(D) Viertens. Selbst diese Verwendung der Mittel ist unsicher, denn natürlich können auch die Erhöhungsmittel für Porto bis Berufungszusagen verwandt werden. Ich halte das für außerordentlich unbefriedigend.

Nächster Punkt. Wir halten die Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung für sachlich unbegründet und politisch außerordentlich schädlich. Wir haben zu diesem Punkt heute nachmittag noch eine eigene Debattenrunde, deshalb will ich hier nur ganz kurz zum Beratungsverfahren im Haushaltsausschuß Stellung nehmen.

Ich habe dieses Verfahren als peinlich und unwürdig empfunden. Es gab keine schriftliche Vorlage, keine Klarheit über das favorisierte Modell, keine exakte Berechnung der finanziellen Anforderungen, und trotzdem gab es Staatsknete auf Zuruf. Ich nenne das einmal ganz hart "Staatsknete auf Zuruf". Wo Sie doch wissen, wie kritisch die Öffentlichkeit dieses Verhalten beobachtet, da hätte ich mir doch eine etwas bessere Regie gerade in diesem sonst so seriösen Haushalts- und Finanzausschuß erwartet.

(A) (Dr. Busch [GRÜNE])

(C)

Herr Schauerte hat als einziger gewagt, den Versuch einer materiellen Begründung für diese rückwirkenden 10 Millionen DM zu geben, 26 Millionen DM dann für die Zukunft. Viel mehr als der Verweis auf die Inflationsrate ist ihm dazu auch nicht eingefallen.

Ich denke, der einzige Betrag, der plausibel ist, sind die 1,7 Millionen DM für die gestiegene Zahl der Wahlberechtigten. Das kann ich nachvollziehen. Der Rest ist reine Selbstbedienung. Dieser Vorwurf der Selbstbedienung motivierte dann einen meiner Ausschußkollegen im Haushaltsausschuß zu folgender Gedankenakrobatik - ich verkürze zugegebenermaßen -: Das Volk hat uns gewählt, wir repräsentieren das Volk; wir wollen mehr Geld für unsere Parteien, das Volk will mehr Geld für seine Parteien. Ich denke, bei so viel Kurzschuß müßten hier eigentlich die Lichter ausgehen.

Ich will diese Debatte nicht weiter fortführen, sondern mich den Schwerpunkten unserer Fraktion zuwenden. Wir haben sie ja in unserem Änderungsantrag 11/381 vorgelegt. Wir konzentrieren uns im Rahmen von Sofortmaßnahmen auf drei eklatante Mißstände in Nordrhein-Westfalen:

(B)

An den Schulen unseres Landes fallen pro Jahr 150 000 - das ist die Version des Kultusministers - bis 300 000 - das ist die Version der GEW - Unterrichtsstunden aus. Das ist ein Skandal, das muß wohl nicht weiter ausgeführt werden. Wir wollen diesem Mißstand begegnen, indem wir sofort 2 500 Lehrerinnen und Lehrer einstellen. Diese Notwendigkeit ist schon deswegen nicht umstritten, weil allein die Anhebung der Lehrerreserve für Krankheit von heute 4 % auf eigentlich 6,9 % notwendig wäre. Allein das macht 4 800 Stellen aus. Das heißt, 2 500 Stellen sind ein allererster Schritt, eine Sofortmaßnahme, um die drängendsten Engpässe zu beseitigen.

Die steigenden Schülerzahlen im Grundschulbereich kriegen wir auch nicht durch Versetzungen in den Griff. Daß die Qualität des Bildungsangebotes in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung für die langfristige Entwicklung einer Industrienation ist, muß wohl hier nicht weiter ausgeführt werden.

Bleibt nur noch das Totschlagargument "nicht finanzierbar". Ich möchte auf einen Widerspruch in diesem Zusammenhang zu sprechen kommen, der mit Ihrer Industrievorrangpolitik - ich nenne es ausdrück-

lich so - zusammenhängt. Sie opfern die Steuererechtigkeit, um in den Ruf einer Steueroase zu kommen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Was?)

Und dieser Weg ist natürlich sehr teuer, auch wenn er sich nicht gleich in Ausgabegrößen im Haushalt niederschlägt, sondern sich hinter zu niedrigen Einnahmeansätzen verbirgt. Auch wenn es Ihnen nicht gefällt - ich weiß das -, möchte ich Ihnen die Zahlen noch einmal nennen. Das Personalsoll der Steuerverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen liegt bei 31 500; das ist zum 01.01.1990 bei knapp 27 000. Hieraus errechnet sich eine Unterbesetzung der Finanzämter von rund 4 500 Finanzbeamten, davon 1 900 Betriebsprüfer und 122 Steuerfahnder.

Natürlich geht es hierbei nicht um die kleinen Leute, denn die Lohnsteuer wird vollständig überprüft. Es geht um die Großen, für die nämlich nur scheinbar gleiches Recht gilt. Zwar ist es richtig, Herr Finanzminister, daß die Großbetriebe in zeitlicher Hinsicht lückenlos geprüft werden, lückenlos in Anführungsstrichen. Die Prüfungen selbst lassen aber an Gründlichkeit zu wünschen übrig. In der großzügigen Auswahl und in der geringen Dichte der Prüfungsschwerpunkte steckt das Problem. Hierzu haben Sie, Herr Finanzminister, noch überhaupt keine Ausführungen gemacht. Der Vorwurf wird ja von der Substanz her auch von der Deutschen Steuergewerkschaft sehr detailliert erhoben, und im vorletzten Bericht des Landesrechnungshofes habe ich dazu auch einige interessante Ausführungen gefunden. Die möchte ich Ihnen natürlich nicht vorenthalten. Er hat nämlich geschrieben:

(D)

Bei der Bearbeitung bedeutender Steuerfälle kommen nach wie vor zu viele Fehler mit erheblicher steuerlicher Auswirkung vor. Die Ursache für die noch immer zu große Fehlerquote liegt insbesondere darin, daß wegen des zu bewältigenden Massengeschäftes das Problembewußtsein für die erforderliche Arbeitsgewichtung nicht ausreichend entwickelt ist oder umgesetzt wird.

Ich übersetze das einmal in eine Kurzform: Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen. - Das ist nämlich die Konsequenz.

(A) (Dr. Busch [GRÜNE])

Der Landesrechnungshof hat weiter geschrieben:

Für den Finanzminister besteht daher Veranlassung, weiterhin und verstärkt auf eine Steigerung der Bearbeitungsqualität der bedeutenden Steuerfälle hinzuwirken.

Da, denke ich, ist genau das Problem. Sie scheinen die Steuerhinterziehung als Mittel der Wirtschaftsförderung dulden zu wollen, wir nicht. Wir fordern nicht nur Steuergerechtigkeit abstrakt, sondern auch Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung. Das heißt konkret - und das haben wir in unseren Nachtragshaushalt eingestellt -, daß wir als Sofortmaßnahme die Ausweisung von zusätzlich 650 Betriebsprüferstellen und 100 Steuerfahnderstellen fordern,

(Abgeordneter Walsken [SPD]: For Show!)

ebenfalls eine bessere Ausstattung dieser Außenprüfer, insbesondere mit tragbaren Kleincomputern zur Arbeit in den Betrieben.

(Zuruf von der SPD: Mir kommen die Tränen!)

Dabei gehen wir davon aus, daß zunächst auch intern - also innerhalb der Finanzverwaltung - mit Umsetzungen gearbeitet werden kann. Allerdings müssen die Ausbildungskapazitäten ganz erheblich aufgestockt werden.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Walsken [SPD])

Ich lerne ja auch, wenn ich im Ausschuß Argumente höre. Das heißt: Wir müssen natürlich bei den Ausbildungskapazitäten ansetzen. Nur ist für mich außerordentlich unbefriedigend, wenn der Finanzminister sagt: "Tut mir schrecklich leid, die Ausbildungskapazitäten sind erschöpft." Das ist mir ein bißchen zu wenig.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Wir haben angemietet!)

Ich komme zum Schluß. Die GRÜNEN-Vorschläge im Umweltbereich wird Herr Kollege Gerd Mai gleich erläutern.

Ich möchte nur noch eine letzte Bemerkung machen: Daß Sie unsere Vorschläge ablehnen - vielleicht noch ablehnen -, kann uns nicht frustrieren. Ich möchte Sie

in dem Zusammenhang an ein Beispiel erinnern, Sichwort "Aids". Wir GRÜNEN haben im Bundestag vor vier Jahren diese Problematik aufgegriffen und für Aufklärungskampagnen 20 Millionen DM gefordert. Damals haben uns alle für verrückt erklärt und uns ausgelacht. Ein Vierteljahr später hat die CDU-geführte Bundesregierung in etwa soviel in den Haushalt eingestellt, weil nämlich die Problematik mittlerweile erkannt war.

Das gleiche möchte ich mir in anderen Zusammenhängen auch wünschen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank! - Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Trinius für die Fraktion der SPD.

Abgeordneter Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So mußte es ja kommen: Nachdem in vielen Sachfragen im Ausschuß Einigkeit herrschte, mußte jetzt die Entwicklung des Personals bei den Ministerien in das Zentrum der Auseinandersetzung gestellt werden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das war doch wohl von Anfang an klar. Das wußtet ihr doch! - Weitere Zurufe von der CDU)

(D)

- Ich sage ja nur: Sie haben sich durchaus an unseren Erwartungen orientiert. Es ist nichts anderes geschehen als zu vermuten war.

(Minister Matthiesen: So ist die Opposition! - Heiterkeit - Zurufe)

Es ist gesagt worden, hier sei gegen Recht und Gesetz und gegen alle Beschlüsse des Landtags verfahren worden. Dazu kann ich nur sagen: Dies stimmt nicht.

Wir haben hier im vorigen Landtag über eine Effizienzsteigerung der Landesverwaltung diskutiert. Es ist eine Bürger-Kommission eingesetzt worden; es ist, wie von der Bürger-Kommission empfohlen, ein Arbeitsstab "Aufgabenkritik" eingerichtet worden, und dieser Arbeitsstab nimmt seine Aufgaben wahr.

(Zuruf von der CDU: Still ruht der See!)

(A) (Trinius [SPD])

Ausfluß dieser Wahrnehmung ist zum Beispiel eine wichtige Empfehlung der Bürger-Kommission: Man möge die Zweckmäßigkeit der Organisation der Landesverwaltung einzeln prüfen lassen, aber nicht durch Landesbedienstete, sondern durch externe Einrichtungen wie etwa Wirtschaftsprüfungseinrichtungen.

Dies geschieht. Es gibt eine externe Prüfung der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie ist in Auftrag gegeben. Es wird eine externe Prüfung der Schulorganisation des Landes Nordrhein-Westfalen geben. Sie ist entweder in Vorbereitung oder ebenfalls schon in Auftrag gegeben. Wir halten uns an diese Beschlüsse und Vorgaben des Landtags.

Nun haben Sie angesprochen, das hätte man auch bei der Umorganisation der Landesregierung tun müssen. Dazu kann ich nur feststellen: Wenn es eine politische Führungsentscheidung ist, das Ministerium für Bauen und Wohnen aus dem Ministerium für Verkehr und Stadtentwicklung auszugliedern, dann ist das eine Entscheidung, bei der wir nachher im Landtag fragen können, ob sie zweckmäßig umgesetzt wird. Aber zunächst liegt es bei der Exekutive, beim Ministerpräsidenten, zu entscheiden, wie die Grobstruktur der Ministerien aussehen soll.

(B) Nun komme ich zu einigen wichtigen Punkten, die Sie angesprochen haben. Natürlich mußte die Staatskanzlei erhalten, weil es dort in der Tat eine Vermehrung um 22 Stellen gibt. Aber Sie vergessen darauf hinzuweisen, für welche Funktionen im wesentlichen diese 22 Stellen gedacht sind. Sie sind gedacht für die politisch-fachliche Begleitung des Prozesses der deutschen Einigung, von dem jeder weiß, daß die damit verbundenen Aufgaben nicht am 3. Oktober abgeschlossen sind, sondern dann erst richtig beginnen. Das betrifft alle Bereiche, von der Finanzverwaltung über den Länderfinanzausgleich bis zu anderen Aufgaben im Zusammenhang mit der DDR. Es kann kulturelle, wissenschaftliche und sonstige Bereiche betreffen. 22 Leute für diesen von allen gewünschten Prozeß des Zusammenwachsens der fünf Länder der heutigen DDR und der elf Länder der Bundesrepublik Deutschland!

Dann kann man nur noch darüber reden, für wie lange man diese Aufgaben voraussichtlich für bearbeitungsbedürftig hält. Aber dazu hat es keinen konkreten Vorschlag von Ihnen gegeben, sondern es ist nur gesagt worden: "Diese Stellen müssen alle weg."

(C)

Um das beispielhaft deutlich zu machen, komme ich zu dem Ministerium für Bauen und Wohnen. Ich habe von Ihnen, von der Opposition - weder von den GRÜNEN noch von der CDU noch von der F.D.P. -, im Haushaltsauschuß nicht eine einzige differenzierende Aussage dazu gehört. Wir als SPD-Fraktion haben gesagt: Wenn ein neues Ministerium geschaffen wird, dann ist es selbstverständlich, daß die Stellen für die Spitzenpositionen bereitgestellt werden müssen und daß ein solches Ministerium natürlich auch eine Zentralabteilung haben muß, von der aus die eigentlichen Führungs-, rechtlichen und sonstigen Aufgaben gelöst werden müssen.

Deswegen haben wir gesagt: Bei der Diskussion über Stellenvermehrung beziehen wir diese Funktionen und diese Stellen nicht mit ein. Und nebenher: Die Zentralabteilung beim Ministerium für Bauen und Wohnen stimmt bis auf die letzte Stelle deckungsgleich mit den Empfehlungen des Landesrechnungshofs überein, wie eine Zentralabteilung bei einem Ministerium aussehen sollte.

Sie können also wohl angreifen, daß hier ein zusätzliches Ministerium geschaffen worden ist; aber Sie müssen dann auch anerkennen: Nachdem es geschaffen worden ist, ist die Zentralabteilung genau nach den vom Landesrechnungshof vorgelegten Regelungen geschaffen worden - vom Abteilungsleiter bis zum Botendienst, vom Pförtner bis zur Schreibkraft. Dies muß man zur Kenntnis nehmen; sonst wird solche Kritik unsachlich.

(D)

Dann sind wir zu dem Ergebnis gekommen: Es sind 73 Stellen, von denen man sagen kann, hier handelt es sich um neue Aufgaben, die bewältigt werden sollen. Wir möchten, daß hierfür im nächsten Haushaltsjahr eine Erwirtschaftung dieser 73 Stellen stattfindet. Dies haben wir auf unseren Antrag hin im Haushalts- und Finanzausschuß bei Ihrer Stimmenthaltung auch so beschlossen.

Wenn Sie sagen, dies sei Wischiwaschi, dann kennen Sie die Praxis in diesem Landtag, im Haushalts- und Finanzausschuß und im Unterausschuß "Personal" nicht; denn wir haben regelmäßig, unterstützt durch den Gutachterdienst des Landtags, nachgeprüft, ob solche Empfehlungen, Beschlüsse oder auch Zusagen der Landesregierung im jeweils darauffolgenden oder übernächsten Haushaltsjahr eingehalten worden sind.

(A) (Trinius [SPD])

Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu den Aussagen des Kollegen Schauerte über die Finanzsituation machen. Auf der einen Seite hat er beklagt, daß nun die Steigerungsrate des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen 5,45 % betrage. Auf der anderen Seite, Herr Kollege Schauerte, sind Sie nur mit weiteren Wünschen gekommen: Die DDR-Hilfe ist Ihnen im Investiven wie im Personellen zu gering; Sie wollen an anderen Stellen Weiterungen haben;

(Abgeordneter Henning [SPD]: Das ist nichts Neues!)

die Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte sind Ihnen zu niedrig. Ich weiß nicht, aber beim Wohnungsbau und an anderen Stellen haben Sie wahrscheinlich Ähnliches zu beanstanden. Um dann nicht beim Wort genommen werden zu können, sagen Sie: Das ist alles zu hoch; es müßte eigentlich weniger sein. Aber die Ursachen liegen 10, 15 oder 20 Jahre zurück; daran kann man nichts mehr ändern.

Sie müssen schon, wenn Sie die Steigerungsrate beklagen, den jeweils gegebenen Stand zur Kenntnis nehmen und dann sagen: An diesem gegebenen Stand kann ich heute dieses oder jenes im Sinne von weniger Ausgaben verändern.

(B) Sie überraschen das Haus jedesmal wieder mit neuen Rechnungen. Die erste Überraschung, die Sie uns hier einmal vorgelegt hatten, war, in den nächsten Jahren werde Nordrhein-Westfalen 32 Milliarden DM mehr an Steuern einnehmen. Das ist eine methodisch willkürliche Rechnung, Herrn Kollege Schauerte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein!)

Sie gehen von einer möglichen Steigerung der Steuern von 1990 auf 1991 aus. Für 1992 legen Sie eine weitere Steigerung zugrunde und nehmen die Differenz von 1990 bis 1992. Für 1993 fahren Sie genauso fort, wählen die Differenz zwischen 1993 und 1990, und für 1994 tun Sie das noch einmal. So kann man das nicht rechnen!

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein?)

Sie würden dann nämlich einen Stillstand der steuerlichen Einnahmen gar nicht feststellen können und ein Zurückgehen in späteren Jahren möglicherweise ebensowenig.

(C)

Sie vergessen dabei die Zwangsläufigkeit von Mehrausgaben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nein!)

Sie wissen, daß wir bei Baukosten in der Regel zwangsläufig Mehrausgaben haben, weil wir jeweils nach Preisen schätzen, die zwei oder drei Jahre zurückliegen. Sie kennen die Forderung, wie sich etwa die Personalausgaben entwickeln sollen. Wir haben geringe Steigerungsraten von 1,9 % für den einzelnen Bediensteten gehabt. Aber was dadurch bei dem einzelnen Bediensteten an weniger Zuwachs seines Einkommens eingespart wird, haben wir zu mehr als 100 % in zusätzliche Einstellungen von Kräften in den verschiedensten Verwaltungsbereichen umgesetzt. Sie haben das hier ja auch eingeklagt und gesagt, dies sei noch nicht einmal genug. Das lassen Sie außer acht.

Dann müssen Sie sich, Herr Kollege Schauerte, mit einem bitteren Vorwurf auseinandersetzen, den der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Karl-Ludwig Wagner von der CDU erhoben hat, wohl - ohne Namensnennung - an Ihre Adresse gerichtet. In einer dpa-Meldung vom 27. August heißt es, "wer erzähle, die Länder wollten an der deutschen Einheit verdienen, der trage eine Milchmädchenrechnung vor". Ich weiß nicht, ob Ihnen, Herr Kollege Schauerte, daran gelegen ist, vom Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz als ein Mann gekennzeichnet zu werden, der der Öffentlichkeit Milchmädchenrechnungen vorlegt. Aber es ist so.

(D)

Ich will gern ein paar Hinweise geben. Wie ich jetzt lese, sind die Handelsumsätze um etwa 15 % gestiegen, während ich gleichzeitig erfahre: Ein gut Teil der Steigerung der Handelsumsätze hat sich in der Bundesrepublik dadurch ergeben, daß Bürger aus der DDR hier eingekauft haben. Wir wissen aber genauso, daß die Umsätze drüben in der DDR erheblich zurückgegangen sind.

Präsidentin Friebe: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Schauerte?

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Ja, bitte!)

- Bitte schön, Herr Abgeordneter!

(A)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Kollege Trinius, können Sie denn behaupten, daß eine der von mir genannten Zahlen - 1,9 Milliarden DM, 3,2 Milliarden DM erwartete Mehreinnahmen - falsch sind? Und können Sie mir nicht dahin gehend recht geben, daß selbst Umsätze, die DDR-Bürger hier realisieren, Umsatzsteuereinnahmen für das Land Nordrhein-Westfalen bedeuten?

Abgeordneter Trinius (SPD): Nein.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Doch!)

Es sind Umsätze. Sie wissen, wie die Umsatzsteuer verteilt wird. Und Sie wissen, daß den überwiegenden Teil bei der Umsatzsteuer der Bund bekommt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja!)

- Richtig! Und Sie wissen auch, wo die Umsätze stattgefunden haben: überwiegend im Zonenrandgebiet.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch nicht wahr!)

(B) - Aber doch! Bis nach München hinein, das nicht mehr Zonenrandgebiet ist.

(Erneut Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Sie haben natürlich zum Teil auch hier stattgefunden. Aber Sie brauchten nur einmal am Wochenende in eine Stadt wie Goslar oder Duderstadt oder Bad Harzburg zu fahren, um zu sehen, wie sich die Geschäfte entwickeln.

Lassen Sie mich noch einen ganz anderen Gedanken in dem Zusammenhang anfügen, weil das eine hochinteressante Beobachtung ist. Daran wird deutlich, was Nordrhein-Westfalen für die DDR tut und was zu tun anderen geraten wäre.

Im Augenblick können Sie an der Zonengrenze entlang folgende Entwicklung beobachten: Handwerkliche Betriebe erweitern oder gründen sich auf westdeutschem Gebiet in der Nähe der Zonengrenze und werden dann auf der anderen Seite der ehemaligen Zonengrenze tätig. Es ist noch nicht gelungen, diese

(C)

Handwerker zu ermutigen, auf die andere Seite zu gehen. Wir haben uns aber bei uns im Haushalts- und Finanzausschuß davon berichten lassen, wie eigentlich unsere Maßnahme, 1 Milliarde DM Bürgschaftsrahmen für investive Zwecke und für Investitionsabsichten von Firmen in der DDR bereitzustellen, wirksam geworden ist.

Da sind wir zu der Feststellung gekommen: Wir können darauf hoffen, daß etwa zwei Drittel dieses Rahmens belegt und avisiert werden. Ich hoffe sogar, daß dieser Rahmen bis zum Ende dieses Jahres fast ausgeschöpft werden kann. Kein anderes Land geht bisher diesen Weg.

(Abgeordneter Schauerte (CDU): Doch!)

- Dann müßten noch andere Länder hinzugekommen sein.

Da Sie hier so schöne Zahlen über die Entwicklung der Einnahmen entwickeln, lassen Sie mich ergänzend sagen: Es gibt den Bericht der Deutschen Bundesbank. Die Deutsche Bundesbank weist darauf hin, daß die staatliche Ebene in Westdeutschland - also Bund, Länder und Gemeinden - 1989 eine Nettoneuverschuldung von 26 Milliarden DM hatten. Diese steigt 1990 voraussichtlich auf 100 Milliarden DM. Die Deutsche Bundesbank hält es für möglich, daß wir 1991 eine Nettoneuverschuldung zwischen 140 und 150 Milliarden DM veranschlagen müssen. Das ist eine Versechsfachung gegenüber dem Betrag von 1989.

(D)

Ich kann mich wohl daran erinnern, welche Argumente seitens der Opposition vorgetragen werden, wenn wir einen größeren Ansatz für die Nettokreditermächtigung ausbringen. Dann wird darauf hingewiesen - Herr Kollege Biedenkopf und andere haben das getan -, wie verheerend sich das auf das Geschäft am Kreditmarkt auswirken werde, welche Folgen das für die Steigerung der Zinsen haben werde und wie sehr am Ende der kleine Häuslebauer darunter leiden müsse, wenn die Zinsbelastung erheblich steigt. Und er leidet dann ja auch.

Deswegen ergeht aus meiner Sicht noch einmal die herzliche Bitte an Sie: Beenden Sie die Eiertänze in der CDU, was die Frage der Finanzierung betrifft. Ich glaube, die deutsche Nation in den 11 Ländern hier und in den 5 Ländern drüben hat einen Anspruch

(A) (Trinius [SPD])

darauf, daß wir nach bestem Wissen mitteilen, von welchen Schätzungen wir heute ausgehen müssen und wie wir glauben, das, was wir alle wollen, gemeinsam und sozialgerecht bezahlen zu können.

(Beifall bei der SPD)

Bei all diesen Fragen - ob Steuern oder Kreditaufnahme - spielen ja auch die Frage der sozialen Gerechtigkeit und die Frage "Welchen Schultern wollen wir eigentlich welche Last zumuten?" eine Rolle.

Herr Kollege Schauerte, ich darf Sie in dem Zusammenhang auf eine Sache hinweisen, die im Augenblick zwar nicht akut ist, die aber jederzeit akut werden kann: Bei uns in der Bundesrepublik wird die Last der hohen Arbeitslosigkeit fast ausschließlich von denen getragen, die sozialversicherungspflichtig tätig sind. Das ist keineswegs die ganze Bevölkerung, sondern weniger als die Hälfte. Wir müssen darauf achten, daß bei hoher Arbeitslosigkeit in der DDR nicht ein ähnlicher Effekt zusätzlich noch einmal auftritt.

Deswegen glaube ich, daß der Bund als Bundesstaat hier auf lange Zeit in der politischen Haftung bleiben muß, und er wird es nur aus Steuergeldern zahlen können.

(B)

Sie hatten auf die Entlastungseffekte, die das Ifo-Institut genannt hat, zu Recht hingewiesen. Nur sind Entlastungseffekte auf der einen Seite natürlich Mindereinnahmen - vom jeweiligen Schätzpunkt ausgegangen - auf der anderen Seite, sonst kann eine Entlastung nicht stattgefunden haben. Das Fazit des Ifo-Institutes haben Sie außen vor gelassen:

Der mittelfristig zu befürchtende Einnahmeverlust versetzt der vielfach geäußerten Mehreinnahme-euphorie einen merklichen Dämpfer.

Das ist geschrieben, als hätte das Ifo-Institut dabei an Herrn Schauerte gedacht.

Im Ifo-Bericht wird noch hinzugefügt:

Vermutungen, die nächste offizielle Steuerschätzung könnte hier Abhilfe schaffen, gehören ins Reich der Fabel.

(C)

Herr Schauerte, Sie werden rechtzeitig erfahren, von welchen Annahmen die Landesregierung ausgehen darf, wenn Sie den Haushalt für 1991 einbringt.

Noch einmal meine Bitte: Wollen Sie nicht doch die Äußerungen von Herrn Fink, Herrn Biedenkopf, Herrn Späth und Herrn Wallmann ernst nehmen, auch die CDU komme an Steuererhöhungen als letztes Mittel nicht vorbei.

Volker Rühle hat sich kürzlich ähnlich geäußert, daß Ihre Fraktion - -

(Zuruf von der CDU)

- Also wenn man etwas über die Kontinuität der Politik der CDU erfahren will, dann kann ich nur jedem empfehlen, tagtäglich die neueste Zeitung aufzuschlagen. Er wird von Tag zu Tag bei der CDU einen neuen Kurswechsel in dieser Frage feststellen.

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Was sagt die SPD dazu?)

Ich halte Ihnen vor, was Biedenkopf in der "Frankfurter Allgemeine" am 29.08.1990 - das ist noch gar nicht so lange her - zu diesem Thema gesagt hat:

Ich halte es für völlig indiskutabel, daß wir auch nur einen Gedanken darauf verschwenden, ob wir das machen sollen oder nicht machen sollen. Selbstverständlich müssen wir das machen.

(D)

Dann sagen Sie das so deutlich, weil es mit der Glaubwürdigkeit in der Politik sehr viel zu tun hat!

Lassen Sie mich kurz den Wohnungsbau ansprechen: Für 1990 können wir mit diesem Haushalt 27 000 öffentlich geförderte Wohnungen errichten. Das Land stellt dafür 2,7 Milliarden DM bereit. Die Zahl ist zwar schon oft genannt worden, aber man muß sie wiederholen. Vom Bund kommen an das Land 0,6 Milliarden DM.

Sie müssen das im Verhältnis sehen. Das würde ich Ihnen sehr empfehlen. Wenn Sie diesen Betrag im Verhältnis zu allen Bundesländern sehen, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß Nordrhein-Westfalen aus eigenen Mitteln für den sozial geförderten Wohnungsbau mehr bereitstellt als der Bund für alle Länder des Bundesgebietes zusammen.

(A) (Trinius [SPD])

Wenn wir im Wohnungsbau und in der Wohnungsbaupolitik wirklich weiterkommen wollen, dann kann ich Ihnen nur empfehlen: Schließen Sie sich der Initiative der Landesregierung an,

(Beifall bei der SPD)

die sie im Bundesrat eingebracht hat, und sehen Sie dies als einen ersten Beleg dafür, daß es sinnvoll war, ein Ministerium für Wohnen und Bauen im Land Nordrhein-Westfalen einzurichten.

Was wir fordern, ist, daß der Bund mittelfristig seine Finanzhilfen von 2 auf 3,5 Milliarden erhöhen möge. Das würde uns im Land Nordrhein-Westfalen in die Lage versetzen, bei komplementärer Ausstattung aus Landesmitteln 33 000 öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen.

Zu den Übergangsheimen noch ein weiteres Wort: Es ist vielleicht wichtig, darauf hinzuweisen, daß Sie nur die letzten Zahlen genannt haben. Ich möchte Ihnen gern die gesamten Zahlen nennen, und zwar die für das Jahr 1989 und für das Jahr 1990. Danach werden für Übergangsheime in Nordrhein-Westfalen insgesamt 730 Millionen DM bereitgestellt; davon trägt das Land allein 570 Millionen DM, das sind 80 %. Oder: Von 10 DM, die für ein Übergangswohnheim ausgegeben werden, trägt das Land 8 DM; 2 DM trägt der Bund.

(B)

Wenn Sie beklagen, Herr Kollege Schauerte, daß wir daran auch die Gemeinden beteiligen, kann ich dem nur entgegenhalten: Das Problem der Aussiedler ist mit Sicherheit eine bundesstaatliche Gesamtaufgabe. Wenn das so ist, ist es aber unstimmig, wenn sich der Bund daran lediglich mit 20 % beteiligt.

Wir haben viele Finanzierungen entzerrt, andere Mischungsverhältnisse gefunden. Ich meine, auch in diesem Falle wäre das überfällig.

Über die studentischen Hilfskräfte ist, wie mir scheint, genug gesagt worden.

Zu den Anträgen der GRÜNEN möchte ich noch in einigen wenigen Punkten kurz Stellung nehmen. Sie haben ein paar Schwerpunkte genannt; ich will die Schwerpunkte auf meiner Seite herausgreifen. Sie fordern die Bereitstellung von 40 Millionen DM weiteren Verpflichtungsermächtigungen für Kinder-

(C)

tageseinrichtungen. Ich glaube, Sie haben übersehen, daß mit dem Volumen für 1990 ein Bewilligungsrahmen für 18 000 Kindergartenplätze und 2 000 Plätze in Kindertagesstätten anderer Art geschaffen worden ist. Das heißt, wir haben damit ein Volumen erreicht, wie es nach der Regierungserklärung für die laufende Legislaturperiode für jeweils ein Jahr gedacht ist. Fahren wir so fort, dann können wir in der Tat in den nächsten fünf Jahren zusätzlich 100 000 Plätze dieser Art schaffen.

Dann haben Sie einen Schwerpunkt auf die Finanzverwaltung gelegt. Sie schlagen vor, 650 Betriebsprüfer von der grünen Wiese zu nehmen und einzustellen, die dann 350 Millionen DM im nächsten Jahr erwirtschaften sollen. Das funktioniert nicht. Das funktioniert genauso wenig, wie wenn Sie einen Sportler völlig untrainiert an den Olympischen Spielen teilnehmen lassen und der dort eine Goldmedaille holen soll.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ist schon passiert!)

- Sie denken vielleicht an den britischen Skispringer oder etwas ähnliches; solche Spaßvögel hat es in der Tat schon gegeben.

Aber Sie brauchen einen Ausbildungsvorlauf von mindestens drei Jahren und dann mit Sicherheit noch einmal einen Einarbeitungsvorlauf von zwei Jahren.

(D)

Wenn Sie bestreiten, daß hier etwas geschehen sei, will ich nur auf ein paar bescheidene Zahlen hinweisen: Von 1988 bis 1990 ist die Zahl der Betriebsprüfer, die Ihnen so am Herzen liegen, auf 3 525 gestiegen, ein Zuwachs von knapp 250 in drei Jahren. Bei der Zahl der Steuerfahnder haben wir - allerdings in einem Zeitraum von 10 Jahren - einen Zuwachs von 300 auf etwas mehr als 380. Da ist sehr kontinuierlich etwas geschehen. Und ich glaube, Kontinuität ist besser, als Hals über Kopf große Schläge zu machen. Sie wissen nicht, ob Sie nachher auch wirklich das qualifizierte Personal haben, das Sie brauchen.

Generell lassen Sie mich sagen: Wenn sich der Finanzminister für seinen Bereich der Beschlußfassung des Kabinetts unterwirft, daß die Aufgabenkritik und die Organisationsuntersuchungen vorhergehen sollen und daß neue Aufgaben möglichst mit dem

(A) (Trinius [SPD])

bestehenden Stellenbestand gelöst werden sollen, dann können wir das nur nachdrücklich unterstützen.

In Ihren Deckungsvorschlägen kommen Sie dann zu der herrlichen Rechnung, daß Sie das Geld, das Sie gern hätten, aber nicht früher als in drei oder fünf Jahren bekommen können, am liebsten schon im nächsten Jahr ausgeben wollen. So einfach können wir es uns mit der Deckung nicht machen. Wir können Ihren Anträgen nicht folgen.

Im übrigen danke ich dem Haushalts- und Finanzausschuß für die im ganzen sehr sachlichen Beratungen. Ich danke auch dafür, daß Übereinkunft bestand, die Mittel für die Übergangswohnheime zu erhöhen, daß Übereinkunft bestand, im Haushaltsgesetz Beweglichkeit für Hilfen in der DDR bei unvorhersehbaren Entwicklungen oder einem gegenwärtig noch nicht vermuteten Bedarf an Personal zu schaffen, das drüben in der DDR Hilfestellung, Beratung und Schulung geben soll. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

(B)

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns hier am 23. August intensiv über den Nachtrag, der vorlag, unterhalten und haben die unterschiedlichen Positionen ausgetauscht. Dann ist der Entwurf im Haushalts- und Finanzausschuß beraten worden. Dabei gab es eine Menge an Übereinstimmung.

Auch will ich gern sagen, daß ich mich nachdrücklich für die Verhandlungsposition und für das, was im Haushalts- und Finanzausschuß auf den Weg gekommen ist, bedanken möchte, auch für die Form, in der dies zustande gekommen ist. Das gilt praktisch für alle Bereiche, für über 98 % des Volumens dieses Nachtrags, also für das eigentliche Gewicht.

Daß die Opposition die Neuorganisation der Landesregierung weder plenar noch im Ausschuß billigt, dafür habe ich Verständnis. Darüber haben wir auch ausgiebig diskutiert, als die Regierungserklärung debattiert wurde und als die erste Lesung des Nachtrags anstand. Das gilt auch heute, und ich gehe

(C)

gesichert davon aus, daß das auch morgen noch einmal eine Rolle spielen wird. Ich sage: Ich habe Verständnis dafür, daß man so agitiert.

Nur bitte ich zu berücksichtigen, daß das von zwei Parteien kommt, die in Bonn Verantwortung tragen und es dort hinnehmen, daß angeblich zur Effizienzsteigerung der Bundesregierung die größte und personell bestausgestattete Bundesregierung der Nachkriegszeit existiert.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Haben Sie gesagt: die beste?)

- Die bestausgestattete! Sie dürfen nicht Quantität mit Qualität verwechseln. Ich redete von den Quantitäten, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Insoweit würde ich da ein wenig zurückhaltend sein. Aber ich weiß auch, welche Position die Opposition in Bonn jeweils einnimmt. Deshalb kann ich noch einmal mein Verständnis erklären.

Wir stimmen einmal überein, Herr Kollege Schauerte, was Zahlen angeht. Sie haben die Steigerung, die der Nachtrag mit sich bringen wird, präzise beschrieben; Sie haben die Ausgabensteigerung, die sich daraus ergibt, präzise beschrieben. Ich vermute einmal, daß Sie die vom Finanzminister gelieferten Zahlen benutzt haben, die im Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses genannt sind und vorliegen. Ich sage: Wir haben da keine Differenz.

(D)

Die Differenz setzt dort ein, wo Sie sagen: Das ist schon so weit weg vom Finanzplanungsrat, daß es nicht mehr zu rechtfertigen ist. Da muß ich korrigieren. Denn in den Diskussionen im Finanzplanungsrat, in den Gesprächen mit dem Bund und mit den Ländern und auch mit den Kommunen war schon absehbar, Herr Kollege Schauerte - darum ist auch die 3,5 %-Marge ein wenig gelockert worden -, daß die wünschenswerten Vorstellungen der Finanzpolitiker aufgrund der erkennbaren Entwicklung nicht einhaltbar sein würden. Wir werden in wenigen Wochen erneut im Finanzplanungsrat zusammensitzen und werden dort die Vorgaben miteinander diskutieren.

Ich bin davon überzeugt: Auch im Hinblick darauf, welche Erfahrungen der Bund zur Zeit macht, wird

(A) (Minister Schleußer)

eine Steigerung, wie wir sie über lange Zeit für wünschenswert und erstrebenswert - in Nordrhein-Westfalen sogar eingehalten - gehalten haben, nicht mehr erreichen werden. Das hat eine Vielzahl von Ursachen, und ich glaube, das muß man nicht parteipolitisch oder unter parteitaktischen Gesichtspunkten diskutieren. Da wird es einfach aus Notwendigkeiten zu Einschätzungen kommen, daß man diese Marge für eine schöne Zeit zwar für erreichbar hielt, aber auch für eine gewisse Übergangszeit für nicht mehr erreichbar halten muß.

Sie haben eine Entschließung vorgelegt, in der Sie als Ergänzung der Grundsatzposition Regierungssitz Bonn den Ausbau der Landesvertretung weiter fordern. Ich sage Ihnen: Diese Entschließung schadet nicht, sie ist allerdings überflüssig;

(Zuruf von der CDU: Überfällig!)

denn, Herr Kollege Schauerte und liebe Kollegin von der CDU, Sie können sich an die Entwicklungen erinnern, daß wir im Hinblick auf die steigenden Baupreise sehr frühzeitig die eingestellten Baumaßnahmen generell gestoppt - mit Ihrem Einverständnis, auf Vorschlag der Landesregierung - und gesagt haben, daß aus allen gestoppten Baumaßnahmen mindestens 25 % gänzlich herausfallen und die restlichen eine gewisse prioritäre Reihenfolge bekommen. Das haben wir gemacht. Herr Kollege Schauerte, wir haben das zwar nicht so nach außen getragen, aber der Ausbau der Landesvertretung Bonn hat immer wieder in der gesamten Zeit, auch in 1990, zu den prioritären Maßnahmen der Landesregierung gehört, und das wird auch so bleiben.

(B)

Nun sagen Sie, daß es ja einmal einen Kostenvorschlag in einer Größenordnung von 42 Millionen DM gegeben hat oder noch gibt. Auch darüber haben wir nachgedacht. Wir sind davon überzeugt, daß wir in Vollzug des vorliegenden Beschlusses des Landtages, der nach meinem Dafürhalten keiner Ergänzung bedarf, eine Situation in Bonn finden werden, die sehr wohl darlegt, daß die Landesregierung ihre Regierungssitzposition auch durch eine eigene Landesvertretung mit unterstreichen wird.

Ich will auf ein paar Punkte noch eingehen, die Sie ebenfalls angesprochen haben, wo es angeblich einen Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Verhalten des Finanzministers in Nordrhein-Westfalen

(C)

und den übrigen Ländern gibt. Sie sagen: Sie haben die Steuerschätzung nicht mit vorgelegt. Das ist ein völlig normaler Vorgang, Herr Kollege Schauerte. Weder der Bund noch die übrigen Länder legen bei der Erörterung von Nachtrags Haushalten Steuerschätzungen vor, sondern überlassen das natürlich dem Einbringen des Haushaltes des nachfolgenden Jahres.

Ich kann Ihnen hier zusagen, Herr Kollege Schauerte und meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Das wird auch für die Einbringung des Haushaltsplans 1991 gelten, und das selbstverständlich nicht fußend auf der alten Steuerschätzung vom Mai 1990, sondern auf der dann vorliegenden neuen Steuerschätzung vom November 1990, also wesentlich näher an den Entwicklungen, die wir so oder so miteinander erleben werden; denn Planzahlen sind ja nicht kassenwirksame Zahlen. Ich bin manchmal fasziniert, wie gerade doch Sie, Herr Kollege Schauerte, der Sie Plänen sicherlich so abwartend gegenüberstehen, da voll den Plänen und den Planzahlen vertrauen.

Sie haben nun im Ausschuß - Sie haben die Zeit in etwa richtig gegriffen - gesagt, ich möge doch die Position der Landesregierung darstellen, ob denn nun Steuererhöhungen zur Finanzierung der deutschen Einheit notwendig oder nicht notwendig sind. Wir haben 20 Minuten darüber miteinander geredet. Diese Darstellung will ich gern, Herr Kollege Benschmann, hier wiederholen. Sie hat eine Menge damit zu tun, wie denn die Rahmenbedingungen sind: Rahmenbedingungen, die diesmal nicht von der Landesregierung gesetzt werden können, sondern ausschließlich durch die Bundesregierung gesetzt werden müssen, denn nicht die Landesregierung und der Landtag sind Steuergesetzgeber, sondern das ist die Bundesregierung, das ist der Bundestag, der jeweils Steueränderungen beschließt.

(D)

Wir haben die unterschiedlichsten Zahlen gehört, wie die Kosten der deutschen Einheit wohl aussehen mögen und wie hoch die Summe wohl sei. Alle sind übereinstimmend der Meinung, daß das heute nicht mit letzter Sicherheit zu sagen sein wird. Die Differenzen gehen sehr weit auseinander, was es denn kostet. Aber daß es nach oben geht, massiv nach oben geht, das ist mittlerweile unstrittig.

Wenn es massiv nach oben geht, gibt es zur Lösung von Haushaltsproblemen nur drei Möglichkeiten: Wir setzen die Kreditfinanzierungssteigerung fort wie in

(A) (Minister Schleußer)

1990 und für 1991 beabsichtigt. Das habe ich im Ausschuß gesagt, ich wiederhole es hier. Wir sind, was die Kreditfinanzierung und die vielen Schattenhaushalte - die auch Zinsbelastungen der öffentlichen Hände bedeuten -, die in der Zwischenzeit geschaffen worden sind, angeht, an einer Grenze angelangt, die im Interesse derer, die nach uns noch Politik machen wollen, nicht weiter überschritten werden kann.

Die zweite Möglichkeit sind massive Einschnitte in bestehende Haushalte. Ich bin einmal gespannt, ob wir gemeinsam zu dem Ergebnis kommen, daß Milliardenbeträge aus dem Landeshaushalt geschnitten werden können. Wie fast bei jedem Plenartag hatte ich auch heute wieder den Eindruck, daß jeder das, wofür er sich verantwortlich fühlt, für zu niedrig hält und Aufstockungen und Ausweitungen haben möchte. Einsparungen kann ich mir gut vorstellen, nicht aber so massive Einschnitte.

Der dritte Weg ist die Einnahmeverbesserung. Die beste Möglichkeit des Staates, seine Einnahmen zu verbessern, sind sicherlich Steuererhöhungen. Da will ich aber Rahmenbedingungen wissen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, noch im Laufe des Jahres 1990 einen Gesetzentwurf einzubringen, in dem die Kosten der Teilung minimiert werden. Ich kenne einen solchen Gesetzentwurf nicht, weiß nur, daß der Bundesfinanzminister sagt, die Kosten der Teilung betragen 40 Milliarden DM und seien mittelfristig zu erwirtschaften. Ich will wissen, wann er mit dem Erwirtschaften beginnt und wie schnell er damit fertig wird. Wenn jährlich 40 Milliarden DM Mehreinnahmen oder Minderausgaben da sind, stellt sich die Frage, wann und in welcher Höhe Steuererhöhungen notwendig sein könnten, ganz anders.

Wir erwarten die Eckdaten, von denen der Bundeskanzler sagt, sie würden unmittelbar nach der Bildung der Länder, zeitig vor der Bundestagswahl am 2. Dezember vorliegen. Wenn diese Eckdaten da sind und wenn man die von der Bundesregierung zu schätzenden Kosten kennt, wird sich alles deutlicher abzeichnen.

Herr Kollege Schauerte, Sie haben wiederholt, daß die Länder an der Vereinigung, an der DDR verdienen. Kollege Trinius hat eben gesagt, was der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz von solchen Rechnungen hält. Ich könnte Ihnen Späth zitieren. Ihre Behauptung hat keinen realen Hintergrund. Das hat

(C)

damit zu tun, wie die Steuerentwicklung bis einschließlich August in allen Ländern ist und wie die vermutete Steuerentwicklung 1990 generell sein wird. Es gibt dafür keinen Anlaß, denn zu einem Punkt haben die Länder eindeutig Position bezogen:

Wir wollen uns auf Transferleistungen festlegen, wir wollen Transferleistungen erkennbar machen für die Länder, und wir wollen den Verwaltungsaufbau in der DDR. Ich teile Ihre Meinung voll, daß der Aufbau der Finanzverwaltung im eigenen Interesse besondere Priorität hat. Das sind die Länderaufgaben. Wir wollen aber keinen anderen Weg des sonstigen Finanztransfers von West nach Ost und auch keinen Transfer von Ost nach West zugunsten der Länder.

Alle Länderfinanzminister haben dem Bundesfinanzminister einen Vorschlag gemacht, der die Regularien bei der Umsatzsteuer ansetzte. Der Bundesfinanzminister hat diesen Vorschlag für zu kompliziert erachtet und Pauschalierungen vorgeschlagen. Sie wissen, daß wir diesen Weg mitgegangen sind, wissend, Herr Kollege Schauerte, daß damit nicht die Länder der jetzigen Bundesrepublik verdienen, sondern daß auch die Umsatzsteuerverteilung, wie jetzt festgehalten, Transfer von Mitteln aus den jetzigen Ländern der Bundesrepublik in die künftigen Länder der ehemaligen DDR erzeugen wird. Das sind die Sachverhalte.

(D)

Herr Schauerte, Sie haben gesagt, der Finanzminister werde seiner Informationspflicht dem Parlament gegenüber nicht gerecht, weil er die Steuerentwicklung nicht mehr monatlich weitergibt. Sie müßten wissen, daß diese Informationen seit dem 1. Januar 1990 nur noch quartalsweise an die Öffentlichkeit und an das Parlament gehen. Das ist also schon eine ganze Zeit so, weil es in allen Ländern so gehandhabt wird und vor allen Dingen weil dies die Grundlage ist, aufgrund der großen Steuertermine eine vernünftige Weiterentwicklung einzukalkulieren. Das heißt, Sie erhalten die wichtigen Informationen nach wie vor im Gleichschritt mit allen anderen Ländern.

Nun zu dem Diskussionsbeitrag "Steuerhinterziehung als Wirtschaftsförderungsmaßnahme". Etwas Dümmeres und Absurderes

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Busch und Dr. Vesper [GRÜNE])

habe ich noch nicht gehört. Nordrhein-Westfalen hat,

(A) (Minister Schleußer)

was den Bereich der Steuerfahndung und der Betriebsprüfung angeht, Zahlen wie kein anderes Land vorzuweisen. Nordrhein-Westfalen hat in allen Bereichen auch personelle Vorhaltungen wie kein anderes Land. Deshalb hat sehr lange Zeit das umgekehrte Argument, daß Nordrhein-Westfalen eine "negative" Steueroase sei, in der es die Unternehmer nicht aushalten würden, eine Rolle gespielt. Wir gehen jedem bekannten Fall nach.

Wenn der Landesrechnungshof zitiert wird, sollte er auch richtig zitiert werden. Was Sie gesagt haben, hat nichts mit den Großen und den Kleinen zu tun, sondern mit den Bearbeitungsmethoden; nebenbei haben Sie eine Beanstandung von 1987 genannt. Die Bearbeitungsmethoden haben damit zu tun, daß andere Gewichtungen vorgenommen werden. Ich glaube, daß wir da auf einem guten Weg sind. Steuereinnahmen sind nicht mit Parolen zu verbessern, sondern mit den Methoden, wie sie für die Finanzämter und für die Oberfinanzdirektionen in Nordrhein-Westfalen maßgebend sind.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Busch?

(B) (Minister Schleußer: Ich war zwar fertig, aber ich erlaube sie natürlich, Herr Präsident!)

- Herr Kollege Dr. Busch, bitte schön!

Abgeordneter Dr. Busch (GRÜNE): Herr Minister, da dieses Zitat "Steuerhinterziehung als Mittel der Wirtschaftsförderung" von der Deutschen Steuergewerkschaft stammt, wären Sie bereit, nicht nur mich als dumm zu bezeichnen, sondern auch die Deutsche Steuergewerkschaft?

Finanzminister Schleußer: Sehen Sie, ich habe bisher immer gewisse Unterscheidungen gemacht, was Gewerkschaften in ihren Agitationskämpfen zur Durchsetzung von Vorstellungen in die Öffentlichkeit tragen. Ich halte es nicht für gut, daß ein Parlamentarier ungeprüft solche Positionen übernimmt.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Ich darf mich, nachdem durch die Anfrage das Ende meiner Rede ein wenig unterging, noch einmal ausdrücklich für die bisherige Arbeit im Haushalts- und Finanzausschuß bedanken. Ich bin sicher, daß wir morgen in dritter Lesung diesen Nachtragshaushalt auf einen guten Weg geben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Mai für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Rahmen des Nachtragshaushalts ein notwendiges Umweltschutzprogramm erarbeitet. Ich möchte Ihnen diese Maßnahmen hier noch kurz erläutern.

Erstens halten wir ein Untersuchungsprogramm "Kinderspielplätze" mit zunächst 2,5 Millionen DM schon jetzt für notwendig, da sich mittlerweile ein großer Handlungsbedarf ergeben hat. Insbesondere in Städten des Ruhrgebiets mußten Kinderspielplätze teilweise geschlossen werden, nachdem Eltern Gesundheitsbeeinträchtigungen bei ihren Kindern festgestellt hatten. Aus Angst vor finanziellen Folgen werden zur Zeit zahlreiche Spielplätze von den Kommunen nicht untersucht. Das darf nicht so bleiben, hier muß gehandelt werden.

(D)

Meine Damen und Herren, wir wissen doch alle, daß Kinder durch Umweltgifte ganz besonders gefährdet sind. Die Kinder auf den Spielplätzen nehmen die belastete Erde direkt über den Mund auf. Gerade deshalb ist sofortiger Handlungsbedarf auch der Landesregierung angesagt. Dies sehen wohl außer der SPD-Fraktion auch die anderen Fraktionen im Hause so und fordern eine finanzielle Beteiligung des Landes; denn mit Erlassen allein ist es hier nicht getan.

Schließlich fordern die Kinder und ihre Eltern als Betroffene sofortiges Handeln.

Das zweite Sofortprogramm bezieht sich konkret auf das Umweltgift Dioxin, das auch schon auf Kinderspielplätzen festgestellt wurde. Es ist unseres Erachtens auch notwendig, die Belastungen der Standorte von Müllverbrennungsanlagen bzw. ihrer Umgebung

(A) (Mai [GRÜNE])

festzustellen und damit ein NRW-Dioxinkataster jetzt in Angriff zu nehmen.

Drittens müßte es wiederum die Zustimmung aller hier im Hause finden - und ich höre, die CDU-Fraktion stimmt zu -, daß wir erste Mittel in Höhe von 10 Millionen DM bereitstellen für Untersuchungs- und Sanierungshilfen des Landes bei Schulen, Kindergärten und öffentlichen Gebäuden, die mit Umweltgiften, insbesondere mit Asbest, verseucht sind. Das ist Teil A unserer Drucksache 11/381.

Mit uns fordern dies die Städte und Gemeinden im Lande und auch der DGB-Landesverband NRW; dort haben wir Verbündete gefunden, wie ich in dieser Woche erfahren habe. Ein dreistelliger Millionenbetrag ist mittlerweile für Sanierungsmaßnahmen erforderlich. Nicht nur die Oberstadtdirektoren, auch die Betroffenen meinen, daß hier sofortige Hilfe notwendig ist, von den Schulpflegschaften angefangen über Elterninitiativen bis zu Personalräten.

Als vierten Punkt - dies haben wir schon zu Beginn des Jahres gefordert - wollen wir das ungeheuer große Vollzugsdefizit bei der Gewerbeaufsicht, insbesondere beim Immissionsschutz, angehen. Auch die gesetzlichen Organe selbst glauben nicht mehr an die effektive Umsetzbarkeit der zahlreichen ordnungsrechtlichen Vorschriften, wenn ein Gewerbeaufsichtsbeamter für mehr als 500 Betriebe zuständig ist. Ja, der Öffentlichkeit wird wider besseres Wissen der Eindruck vermittelt, die Belastungen der Umwelt könnten zur Zeit durch Kontrollen effektiv vermindert werden.

Dabei drängt sich leicht der Verdacht auf, daß mit dem Nichtvollzug der Gesetzesvorgaben durch die wegen Personalknappheit unvermeidlichen Vollzugsdefizite sogar bewußt gerechnet wird. Beispiele aus dem Kommunalbereich könnte ich aufführen. Auch beim Problemfeld direkter und indirekter Einleitungen von Gewerbe- und Industriebetrieben, bei der Abfallwirtschaft usw. gibt es zahlreiche Beispiele. Oder wissen Sie, Herr Minister Matthiesen, was RWE derzeit in seinen Kraftwerken alles verbrennt? Letzte Woche erst erhielt ich eine neue Meldung, daß in einem weiteren Braunkohlenkraftwerk ungenehmigt weitere 20 000 Tonnen hochbelasteter Klärschlamm verbrannt worden sei.

(B)

Wir GRÜNEN meinen, wir brauchen endlich statt vermehrter Polizeistreifen eine gut ausgestattete Umweltpolizei. Deshalb dieses Sofortprogramm!

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Vesper, Sie hatten sich zu einer Zwischenfrage gemeldet.

(Abgeordneter Mai [GRÜNE]: Ich lasse gern noch eine Frage zu!)

- Bitte!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Ich wollte dich fragen, ob du es wie ich gut gefunden hättest, wenn der Finanzminister nach seinem Redebeitrag diesen Ausführungen zu den ökologischen Komponenten des Nachtragshaushalts persönlich gefolgt wäre.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Vesper, bei aller Würdigung der persönlichen Verbundenheit mit Herrn Kollegen Mai: Wir wollen doch die übliche Form der Anrede, wie auch unter Kollegen allgemein gehandhabt, beibehalten und per "Sie" sprechen.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ich kann die Frage gern mit "Sie" wiederholen!)

- Nein, Sie brauchen das nicht zu wiederholen, wir haben das schon alle verstanden. Aber ich hoffe, Sie haben auch verstanden, was ich gesagt habe.

Bitte schön, Herr Kollege Mai!

Abgeordneter Mai (GRÜNE): Lieber Kollege Vesper, ich teile Ihre Meinung bezüglich des Finanzministers, weil ihm, wie ich denke, auch ein erhebliches Defizit in Sachen ökologischem Bewußtsein noch zu unterstellen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter Aigner [SPD]: Dafür seid ihr ja da, dafür haben wir jetzt euch!)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kuschke für die Fraktion der SPD, bitte schön!

(C)

(D)

(A)

**Abgeordneter Kuschke (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß der Finanzminister unter mangelndem Bewußtsein in ökologischen Fragen leidet. Wenn er Ihren Beiträgen jetzt in der Präsenz nicht folgen können, wird er sicherlich die Möglichkeit haben, das nachzulesen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch zu einem Punkt Stellung nehmen, und zwar zu einer Frage, die wir heute sehr übereinstimmend beraten, die aber möglicherweise morgen doch wieder sehr strittig beraten wird, nämlich die Frage der Übergangwohnheime für Aussiedler und Asylbewerber.

Wir finden es sehr erfreulich, daß in den Beratungen des Nachtragshaushalts Übereinstimmung darin bestanden hat, hier zu erhöhen; die Erhöhung ist auch einstimmig von den Fraktionen getragen worden. Es ist ja ein enormer Handlungsbedarf vorhanden. Das aktuelle Antragsvolumen beträgt fast 180 Millionen DM, davon 160 Millionen DM im Bereich der Aussiedler und 20 Millionen DM im Bereich der Asylbewerber. Es hat sich ein enormer Antragsstau ergeben.

Das Gesetz über die Finanzhilfen des Bundes gemäß Artikel 104 a Abs. 4 Grundgesetz für Investitionen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und Übersiedlern ist erst am 1. August 1990 in Kraft getreten. Wohlgermerkt, das ist kein Vorwurf in Richtung Gesetzgeber und Bundesregierung, sondern nur eine Feststellung und als Hintergrund für die Städte und Gemeinden wichtig, weil mit dieser sehr späten Inkrafttretung verbunden ist, daß Mittel des Bundes in den vergangenen Monaten noch nicht geflossen sind.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung sieht die Beträge vor, die schon genannt worden sind. Mit der Erhöhung, die von der SPD-Fraktion beantragt worden ist und die die Zustimmung der übrigen Fraktionen gefunden hat, haben wir, wenn das Hohe Haus diesem folgt, einen Baransatz von 150 Millionen DM und eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 110 Millionen DM zur Verfügung. Ich glaube auch, daß es sehr wichtig ist, daß dieses Geld da ist und für Wohnheime genutzt werden kann; denn mit Sicherheit hat jeder in seiner Stadt oder in seiner Gemeinde den Konflikt, daß schon jetzt beabsichtigt ist, Wohncontainer aufzustellen. Solche Wohncontainer können sicherlich nur eine letzte Möglichkeit sein. Es ist

wichtiger und sinnvoller, mit Hilfe von Übergangwohnheimen den Bedarf abzudecken.

Einen Punkt möchte ich bei diesen Beratungen aber nicht unerwähnt lassen, weil wir die kommenden Monate nutzen sollten, darauf aufmerksam zu machen. Von meinem Kollegen Trinius ist vorhin schon gesagt worden, daß die Frage des Baus von Übergangwohnheimen für Aussiedler nicht eine Frage sein kann, die im Schwerpunkt den Städten und Gemeinden bzw. den Ländern überlassen wird. Er hat auch schon darauf hingewiesen, welches Ungleichgewicht zwischen der Förderung durch den Bund und der Förderung durch die Länder besteht. Die Regelung, die am 1. August 1990 in Kraft getreten ist, besagt aber nur, daß der Bund, was die Übergangwohnheime anbelangt, nur im laufenden Jahr 1990 fördert. Angesichts der Absichten der derzeitigen Regierungskoalition in Bonn ist davon auszugehen, daß eine Förderung für 1991 überhaupt nicht vorgesehen ist. Meine Damen und Herren, wir wissen aber sehr genau, daß uns diese Problematik auch in den kommenden Monaten und Jahren beschäftigen wird.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, meine herzliche Bitte ist, daß alle Fraktionen, die diese Erhöhung ja übereinstimmend tragen, gemeinsam auf den Bund zugehen und deutlich machen, daß wir auch 1991 und in den kommenden Jahren eine Beteiligung des Bundes brauchen.

**Vizepräsident Dr. Klose:** Ich erteile Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

**Abgeordneter Schauerte (CDU):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur noch ganz schnell auf zwei Dinge eingehen. Zunächst zu den DDR-bedingten Steuereinnahmen. Wir wissen doch, daß wir vom Joghurt bis zum Stahl - insbesondere die Pkws liegen dazwischen - aus diesem Land liefern. Die Behauptung, daß die Umsätze in den Zonenrandbereichen unsere Steuereinnahmen nicht beeinflussen, ist falsch; denn, Herr Trinius - er ist jetzt nicht hier -, ich muß Ihnen die Frage nicht stellen. Sie wissen auch, wie diese Steuereinnahmen zustande kommen und wie sie verteilt werden. Also auch aus diesen Umsätzen entnimmt der Finanzminister Steuern. Das ist doch ganz normal.

(C)

(B)

(D)

(A) (Schauerte [CDU])

Ich bleibe dabei, daß wir allein in diesem Jahr wegen der Steuern, die aufgrund der DDR-Umsätze im Landeshaushalt verbleiben, mehr als 500 Millionen DM einnehmen, als wir ohne die DDR-Entwicklung eingenommen hätten. Deswegen ist meine grundsätzliche Aussage richtig, daß das Land Nordrhein-Westfalen steuerpolitisch gesehen im Jahr 1990 an der Wiedervereinigung verdient. Wenn nicht weitere Entscheidungen getroffen werden, verdient es auch in den nächsten Jahren an der Wiedervereinigung, und zwar in Höhe der Zahlen, die ich genannt habe.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Dummes Zeug!)

- Herr Dorn, Sie sollten sich einmal öffentlich dazu äußern. Ihre Kollegen akzeptieren das alle, nur Sie nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.]

Meine zweite Bemerkung bezieht sich auf die Steuerdiskussion. Sie sagen im Grunde genommen - das ist sehr seriös -, ich weiß einfach noch zu wenig, um sagen zu können, ob Steuererhöhungen erforderlich sind. Was halten Sie denn dann von Ihrem Kanzlerkandidaten, der bereits vor Wochen, als er noch viel weniger wußte als heute, meinte, ohne Steuererhöhungen gehe überhaupt nichts? Das ist dann doch unseriös.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Wenn ich Ihre Aussage definiere, dann darf ich doch heute sagen, daß die Landesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt erklärt, jetzt ist es nicht vernünftig, davon zu reden, daß Steuererhöhungen erforderlich sind.

(Abgeordneter Champignon [SPD]: Was sagt Biedenkopf?)

- Nein, das sagt die Landesregierung. Ihr Finanzminister hier sagt, ich kann heute nicht sagen, daß Steuererhöhungen notwendig sind, weil ich zuwenig weiß. Das hat er hier gesagt.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Schreien Sie doch nicht so! - Oh!-Rufe bei der SPD)

Das ist hier ganz eindeutig gesagt worden, und deswegen bin ich für diese teilweise Klärung dankbar.

(C)

Letzte Bemerkung. Sie haben gesagt, kein Finanzminister würde bei Vorlage seiner Nachtragshaushalte die Daten der Steuerschätzung Mai zugrunde legen. Herr Kollege - Ich darf Sie insofern so ansprechen, weil Sie, wie manch anderer Minister auch, gewählter Abgeordneter sind -, in den Finanznachrichten des Bundesrates steht: Zweiter Nachtragshaushalt 1990 verabschiedet. Der Bundesrat - dem anzugehören in diesen Fragen Sie die Ehre haben - hat am 22. Juni den zweiten Nachtragshaushalt 1990 abschließend beraten. Und dann legt der Finanzminister die Eckdaten vor, die beraten worden sind. Bei diesen Eckdaten stehen die Ausgaben und ganz eindeutig im einzelnen verifiziert auch die Einnahmen. Bei den Steuereinnahmen steht: Erster Nachtrag 247,4 Milliarden DM, Veränderungen durch den zweiten Nachtrag - das ist die Anpassung wegen der Steuerschätzung - plus 6,8 gleich 254,2 Milliarden DM. Der Bundesfinanzminister sah sich also in der Lage, die Ergebnisse der Steuerschätzung Mai bereits am 22. Juni dem Bundesrat zur Mitberatung und Beschlußfassung vorzulegen. Sie haben daran mitgewirkt. Wie können Sie hier behaupten, kein vernünftiger Finanzminister würde solche Dinge tun? Sie haben daran mitgewirkt!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, wollen Sie sofort das Wort ergreifen? - Bitte schön. Ich erteile es Ihnen!

(D)

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst zu Ihrer letzten Bemerkung, Herr Kollege Schauerte! Es ist richtig, daß der Bundesfinanzminister zu diesem Nachtrag zusätzlich die Zahlen aus der mittlerweile vorliegenden Beschlußfassung des Bundeskabinetts zum Haushalt 1991 genannt hat. Es gab zu diesem Zeitpunkt eine Verabschiedung des Bundeshaushalts 1991. Aber Sie wissen wie ich, daß es diesen Bundeshaushalt 1991 nicht mehr gibt, daß dieser Haushaltsplanentwurf der Bundesregierung dieser sozusagen abhanden gekommen ist: durch Zurückziehen durch den Bundesfinanzminister. Das sind doch die Fakten.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, er ist nicht mehr da, denn er ist offiziell zurückgezogen. Es findet keine Parlamentsberatung

(A) (Minister Schleußer)

und es findet keine Ausschlußberatung dazu statt. Der Haushalt 1991 der Bundesregierung liegt nicht mehr vor.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schauerte?

(Minister Schleußer: Ja, natürlich!)

- Bitte schön!

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Minister, es geht doch bei der Fragestellung, über die wir gerade miteinander streiten, darum, daß der Bundesfinanzminister bei der Vorlage des 2. Nachtragshaushalts die Einnahmeveränderung aufgrund der neuen Steuerschätzung eingebracht hat. Sie haben das bestritten. Sind Sie nun, nachdem ich Ihnen das vorgelegt habe, nicht der Meinung, daß es angebracht wäre zu sagen: ich habe mich geirrt?

(B)

Finanzminister Schleußer: Ich habe gesagt, daß die Bundesregierung den Bundeshaushalt 1991 sehr frühzeitig verabschiedet hatte, dort die Steuerschätzung übernommen hatte - was ich nicht bestreite - und diese in dem Nachtrag ausgebracht hat, aber nach Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfs 1991. Ich habe Ihnen gesagt, daß es hier genauso sein wird. Wenn die Landesregierung den Haushaltsplan 1991 einbringt, werden Sie die neuesten Steuerschätzungen berücksichtigt finden. Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung da - in diesem Punkt zumindest - einhält, was sie zugesagt hat: daß es im Oktober zur Sitzung des Finanzplanungsrates und im November zu der angesagten Steuerschätzung kommen wird. Das ist die Ausgangslage. Sie werden natürlich bei der Einbringung des Haushalts die entsprechenden Daten vorfinden.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Was die Steuerdiskussionen angeht: Sie haben den Finanzminister als Landesregierung gefragt, und ich habe Ihnen meine Position dargelegt, was nicht heißt, Herr Kollege Schauerte, daß die persönliche Einschätzung der Kostenentwicklung in der DDR mit der

(C)

meines Parteifreundes Lafontaine auseinandergeht. Ich weiß sehr wohl, daß die Kosten, die sich dort abzeichnen, nicht mit den Methoden der Haushalts-einschnitte und nicht mit Krediten finanziert werden können. Das ist so sonnenklar, daß es mittlerweile auch dem Generalsekretär der CDU klar geworden ist. Das sind doch die Positionen.

Natürlich können Sie, Herr Kollege Schauerte, darauf verweisen, daß sich der Bundeskanzler und der Bundesfinanzminister noch nicht eindeutig für Steuererhöhungen erklärt haben.

(Zurufe von der CDU)

Sie haben da einmal ein bißchen gesagt, sind aber auch wieder ein bißchen zurückgegangen. Aber ich sage Ihnen doch: Die Position ihres Generalsekretärs

(Abgeordnete Hieronymie [CDU]: Ist die gleiche!)

- Die ist die gleiche? Dann weiß ich nicht, wann Sie ihn hören und wann Sie ihn lesen. Ich habe ihn gehört,

(Zurufe von der CDU)

und da war unverkennbar, daß er weiß: Stellen sich die Kosten ein, von denen alle Fachleute ausgehen müssen, dann ist das weder durch Kredite zu finanzieren noch durch Einschnitte zu machen.

Auch Sie stehen vor der Entscheidung. Ich bin da ganz sicher, daß Sie spätestens im Januar auch hier plenar anders diskutieren werden. Alles andere, was Sie jetzt vorbringen, sind Feigenblätter.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Abgeordneter Dorn, Sie haben ums Wort gebeten. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich nicht bereit bin, die wiederholten Ausführungen des Kollegen Schauerte, daß

(D)

(A) (Dorn [F.D.P.]

unser Land an der Wiedervereinigung verdient, widerspruchslos hinzunehmen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schauerte, wer wie ich so oft in den letzten Monaten und auch in den früheren Jahren in der DDR gewesen ist und sich ständig das Gerede der SED und PDS anhören mußte, daß die Wiedervereinigung nur dazu dient, den Westdeutschen neue Kapitalerträge und neue Gewinne zu bescheinigen und zu besorgen, der muß sagen: Das liegt genau auf der Linie dessen, was Sie hier reden.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine unglaubliche Unterstellung im Ergebnis. Ich habe mir das drüben lange genug angehört, und ich bin nicht bereit, das hier im Plenum unwidersprochen hinzunehmen, weil ich es auch drüben nicht unwidersprochen hingenommen habe. Die Menschen in diesem Lande - von der Bundesregierung über die Landesregierung bis zu den Kommunen - geben Milliarden und Abermilliarden, um den Menschen drüben zu helfen, damit sie endlich einmal die gleichen Lebensverhältnisse wie bei uns bekommen. Da können wir hier nicht sagen: Wir verdienen daran, daß diese nun mit uns wiedervereinigt werden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das sollten Sie einmal den Menschen in Rostock, in Dresden und in Berlin erzählen! Sie würden sich über das Echo wundern. Sie würden das genauso wenig unwidersprochen hinnehmen, wie ich das hier tue.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Es gab hier den Wunsch nach zwei Zwischenfragen, von Herrn Kollegen Dr. Busch und Herrn Kollegen Schumacher. Ich muß aber einen Redner wenigstens einen Satz zu Ende sprechen lassen. Wenn er dann seine Rede beendet, muß man das leider in Kauf nehmen. Ich bitte, das zu entschuldigen.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, daß weitere Wortmeldungen nicht vorliegen. Ich möchte damit zur Abstimmung kommen.

(C)

Die Fraktion der CDU und die Fraktion DIE GRÜNEN haben nach § 52 der Geschäftsordnung Teilung der Frage bzw. Einzelabstimmung zu folgenden Bereichen des Gesetzentwurfs beantragt.

(Unruhe)

- Ich empfehle, jetzt zuzuhören. Es ist jetzt eine ganze Reihe von Entscheidungen zu treffen, und ich möchte nicht, daß das nun durcheinander geht.

- a) DDR-Hilfen
- b) Neuorganisation der Landesregierung
  - 1. Frauenministerium
  - 2. übrige Neuorganisation
- c) Wohnungsbau
- d) Studentische Hilfskräfte
- e) Bau von Übergangwohnheimen
- f) Rückwirkende Wahlkampfkostentrückerstattung
- g) Übrige Bestimmungen des Gesetzentwurfs, die in den Buchstaben a bis f nicht enthalten sind.

(Unruhe)

- Können wir uns darauf verständigen, daß Sie wenigstens jetzt einmal zuhören, meine Herren? Es ergibt sich nämlich hieraus folgende Abstimmungsreihenfolge:

(D)

1. Abstimmung über die Änderungsanträge
2. Einzelabstimmungen zu dem Gesetzentwurf, wie von den Fraktionen der CDU und der GRÜNEN beantragt, und
3. Gesamtabstimmung zur zweiten Lesung

Ich eröffne jetzt die Abstimmung.

1. Änderungsantrag Drucksache 11/376, Antrag der Fraktion der CDU, Stichwort "DDR-Hilfen". Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Änderungsantrag Drucksache 11/377, Antrag der Fraktion der CDU, Neuorganisation der Landesregierung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist abgelehnt.

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Änderungsantrag Drucksache 11/378 der Fraktion der CDU, Sonderschullehrer. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Änderungsantrag Drucksache 11/381, Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN.

(Abgeordneter Dr. Busch [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Bitte schön, Herr Kollege Dr. Busch.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [GRÜNE])

- Meinen Sie, daß jetzt getrennt abgestimmt werden soll?

(Abgeordneter Frey [SPD]: Wir sind doch in der Abstimmung, Herr Präsident. Da kann man doch keine Änderungen mehr einbringen.)

Das ist zwar ein etwas ungewöhnliches Verfahren, aber ich glaube, es haben alle verstanden, was Sie wünschen. Sie haben eine Änderung zur Änderung eingebracht. Sie möchten den Betrag auf 10 Millionen DM reduziert haben. Wir können dann diesen Änderungsantrag in veränderter Form zur Abstimmung nehmen.

(B)

(Abgeordneter Frey [SPD]: Das ist unzulässig.)

a) Sonderprogramm - Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Ich komme zu 2 b) Ökologische und soziale Sofortmaßnahmen. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Einzelabstimmungen. Ich rufe auf: a) DDR-Hilfen. Wer diesem Bereich seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe!

(Abgeordneter Wendzinski [SPD] hebt versehentlich seine Hand. - Allgemeine Heiterkeit.)

(C)

Meine Damen und Herren! Hier scheint eine gewisse Unklarheit eingetreten zu sein. Es geht um den Bereich DDR-Hilfen. Hier wird in Einzelabstimmungen über die verschiedenen Bereiche abgestimmt. Ich lasse also noch einmal über den Bereich DDR-Hilfen abstimmen.

(Minister für Stadtentwicklung und Verkehr Kniola: Was heißt denn Bereich? - Abgeordneter Trinius [SPD] geht zum amtierenden Präsidenten und erkundigt sich, ob es sich um die Empfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses handelt. Vizepräsident Dr. Klose bejaht dies.)

Wir stimmen jetzt über die Einzelbereiche a) bis g) dieses Gesetzentwurfes ab; ich habe das bereits einmal vorgetragen. Wenn alle zugehört hätten, hätten sie es begriffen.

(Demonstrative Zustimmung der Abgeordneten der Fraktion DIE GRÜNEN)

Mein Hinweis war also von vornherein nicht ganz abwegig. Jetzt wird über die Einzelbereiche des Gesetzentwurfes gemäß der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses abgestimmt. Ich lasse jetzt noch einmal abstimmen über a) DDR-Hilfen. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmig angenommen.

(D)

b) Neuorganisation der Landesregierung

1. Frauenministerium - Hier ist auch getrennte Abstimmung gewünscht?

(Abgeordneter Dr. Busch [GRÜNE] bejaht dies.)

Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Danke schön. Der Antrag ist so angenommen.

2. Übrige Neuorganisation. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich auch um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so angenommen.

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

- c) **Wohnungsbau.** Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.
- d) **Studentische Hilfskräfte.** Wer seine Zustimmung geben möchte, bitte ich die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so angenommen.
- e) **Bau von Übergangwohnheimen.** Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Angenommen.
- f) **Rückwirkende Wahlkampfkostenrückerstattung.** Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich die Hand zu heben. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen! - Das ist so angenommen.
- g) Die übrigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes, die in den Buchstaben a) bis f) nicht enthalten sind. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist so angenommen.

(B)

3. Wir kommen damit zur **Gesamtabstimmung** in zweiter Lesung. Wir stimmen also über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/327** seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Lesung angenommen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber knapp!)

Meine Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe nunmehr Punkt 4 der Tagesordnung auf:

### 3. Familienbericht der Landesregierung

Unterrichtung  
durch die Landesregierung  
- zur Beratung -  
Drucksache 11/156

(C)

Diese Unterrichtung durch die Landesregierung wird **eingebraucht** durch den Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heinemann. Herr Minister, ich erteile Ihnen das Wort.

**Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Heinemann:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Berichte nicht bedrucktes Papier bleiben sollen, dann ist die Auseinandersetzung mit Aussagen und Perspektiven in Parlament und Öffentlichkeit gleichermaßen erforderlich.

(Viele Abgeordnete verlassen den Saal. - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Im Anschluß an den 2. Familienbericht der Landesregierung, der hier im Plenum Anfang der 80er Jahre diskutiert worden ist, soll der 3. Familienbericht einen Überblick über den seitdem vergangenen Zehnjahreszeitraum bieten. Dabei wurde allerdings keine systematische Gesamtschau angestrebt. Dies war Aufgabe des 2. Familienberichts. Der 3. Bericht versucht vielmehr, aktuelle Problemzusammenhänge herauszuarbeiten, an denen Grundsätzliches sichtbar gemacht werden kann.

Als aktuelle Problemfelder werden im 3. Familienbericht beschrieben:

(D)

- der Familienalltag als politische Herausforderung,
- die wirtschaftliche Situation der Familie,
- Familie und Arbeitslosigkeit,
- Fragen zur Familienarbeit,
- die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit und
- Probleme in neuen Familienkonstellationen.

Der Bericht arbeitet darüber hinaus beispielsweise auch die technologische Entwicklung und ihre Konsequenzen auf, die in den 80er Jahren immer stärker auch in die praktischen Lebensverhältnisse eingegangen sind.

Ich will einräumen, daß mit der Auswahl dieser Problemkomplexe natürlich Bewertungen verbunden sind. Ich stehe zu den Schwerpunktsetzungen und unterstreiche die vorgenommenen Bewertungen.